

Das moderne Weltsystem

Immanuel Wallerstein, Das moderne Weltsystem I - III (Bd. 1: Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert; Bd. 2: Der Merkantilismus - Europa zwischen 1600 und 1750; Bd. 3: Die große Expansion - Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert), Promedia Verlag, Wien 2004, 595, 430 und 463 S., 79,90 €

Angesichts der aktuellen Diskussionen der Historiker und des Zustandes der Geschichtswissenschaften insgesamt, erweckt das mit einer Verspätung von 15 Jahren nun vollständig auf Deutsch vorliegende Werk Wallersteins den Eindruck einer Botschaft aus fernen Zeiten. Heute ist den tonangebenden Historikern der Sinn für Prioritäten, die Unterscheidung zwischen Bedeutung und Trivialität abhanden gekommen, weil nicht nur eine Verschiebung von der analytischen zur deskriptiven Methode, sondern auch von der Beschreibung von Fakten zur Beschreibung von Zuständen und Gefühlen stattgefunden hat. Wallerstein, der methodisch der Annales-Schule verpflichtet ist, vertritt wie Braudel (dem er den zweiten Band des „modernen Weltsystems“ gewidmet hat) das Konzept einer „totalen“ Geschichte, die die Beiträge aller Wissenschaften vom Menschen einbezieht. Als Grundthese formuliert er, „daß sich das moderne Weltsystem als kapitalistische Weltwirtschaft konstituierte, die ihren Ursprung im Europa des langen 16. Jahrhunderts hatte und die Transformation einer bestimmten redistributiven oder tributären Produktionsweise – jener des feudalen Europa,

Braudels ‚ökonomisches Ancien Régime‘ – in ein qualitativ anderes Gesellschaftssystem bedeutete. Seit jener Zeit hat die kapitalistische Weltwirtschaft a) im Zuge ihrer geographischen Ausdehnung den gesamten Erdball erfaßt; b) sich durch ein zyklisches Muster von Expansion und Kontraktion [...] sowie die räumliche Verlagerung ökonomischer Funktionen ausgezeichnet (den Aufstieg und Fall hegemonialer Mächte, das Auf und Ab bestimmter zentraler, peripherer oder semiperipherer Zonen); und c) einen säkularen Transformationsprozeß durchlaufen, der technologischen Fortschritt, Industrialisierung, Proletarisierung und die Entstehung eines organisierten politischen Widerstandes gegen das System selbst umfaßt – eine Transformation, die sich auch heute noch vollzieht“ (2/7). Wallerstein analysiert also nicht allein den komplexen Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, sondern will auch jene Strukturen bloßlegen, die den Entwicklungsgang des Systems bestimmen und die Gegenwart prägen.

Für die Lösung der säkularen Krise des Feudalismus war die territoriale Expansion „theoretisch eine Schlüsselvoraussetzung“ (1/47). Was im 15. Jahrhundert dazu den Anstoß gab, war mehrfach Gegenstand wissenschaftlicher Kontroversen. Für Wallerstein ist es nicht der Bedarf an Luxusgütern, sondern der Massenhandel. Aus dieser Sicht haben (wie bereits Dobb in seiner Kontroverse mit Sweezy herausgearbeitet hat) die Arbeitsproduktivität, der gesamtgesellschaftliche Surplus und der innere Markt für das take-off einen besonderen Stellenwert. Auf der politi-

schen Ebene markieren die Abdankung Karls V. (1556) und der Staatsbankrott des habsburgischen Spaniens sowie des Rivalen Frankreichs, d.h. das Scheitern der letzten großen Imperiumskonzeptionen, den Wendepunkt: „Das Geheimnis des Kapitalismus (liegt) in der Durchsetzung einer Arbeitsteilung im Rahmen einer Weltwirtschaft, die nicht ein Imperium war und nicht innerhalb eines einzigen Nationalstaates.“ (1/151)

Die Bezeichnung Weltwirtschaft hat Wallerstein „der Bequemlichkeit halber und weil es keinen besseren Begriff gibt“ (1/518) gewählt, um das moderne Weltsystem von den alten Imperien zu unterscheiden. Sie ist im Spätmittelalter „aus der Verknüpfung zweier zuvor getrennter Systeme entstanden, nämlich einmal aus dem System des christlichen Mittelmeerraums, mit den Zentrum bei den norditalienischen Städten und dem flandrisch-hanseatischen Handelsnetz im Norden und Nordwesten Europas und den beiden Anhängseln an diesen neuen Komplex, den Gebieten östlich der Elbe, Polen und einigen anderen Gebieten Osteuropas, und andererseits den atlantischen Inseln und Teilen der neuen Welt“ (1/101). Während im Zuge der europäischen Expansion die europäischen Ostländer immer mehr Getreide für den Markt produzierten und dabei ihre eigene Gewerbeproduktion stagnieren ließen, die neuen Kolonialländer sich auf Baumwolle und Zuckerproduktion konzentrierten, monopolisierten die west- und nord-europäischen die Gewerbeproduktion, womit ihnen ein ökonomisches Übergewicht zuwuchs. Die Ausgangsbedingungen der europäischen

Länder von England bis Polen und Italien bis Dänemark waren aber nur von geringer struktureller Divergenz gekennzeichnet. Eine sozialökonomische Differenzierung vollzog sich dann seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Sie war davon abhängig, wie rasch Handelsprofite eine intensive industrielle Anwendung fanden und wie stark der Markt herrschaftlich-staatlich gesichert wurde. Dabei „weitet die voranschreitende Weltwirtschaft tendenziell die ökonomische und soziale Kluft zwischen den Gebieten gerade im Prozeß der Fortentwicklung.“ (1/521) Es bildeten sich Zentrum, Peripherie und Semi-Peripherie. Daß in dieser strukturell ungleichgewichtigen Welt seit über 500 Jahren kein Imperium entstanden ist, betrachtet Wallerstein als die wesentliche Besonderheit des modernen Weltsystems: „Der Kapitalismus hat gerade deshalb gedeihen können, weil die Weltwirtschaft in ihren Grenzen nicht ein politisches System, sondern deren viele enthält. [...] Dies gibt den Kapitalisten eine strukturell begründete Handlungsfreiheit. Dadurch wurde, trotz der sehr einseitigen Verteilung seiner Gewinne, die stetige wirtschaftliche Ausdehnung des Weltsystems möglich.“ (1/517f). Im Zentrum haben sich immer wieder Hegemonialmächte etabliert. Erst die Niederlande, dann Großbritannien und schließlich die USA. Wallerstein definiert Hegemonie als Situation, „in der die Produkte eines bestimmten dem Zentrum zuzurechnenden Staates so rationell erzeugt werden, daß sie selbst in anderen Staaten des Zentrums im großen und ganzen konkurrenzfähig sind und so der betreffende

Zentrums-Staat zum Hauptnutznießer eines möglichst freien Weltmarkts wird. [...] Um ihre einmal erlangten Vorteile abzusichern, erscheint es den ökonomisch dominierenden Kräften nützlich, bestimmte intellektuelle und kulturelle Schübe, Bewegungen und Ideologien zu fördern. [...] Sobald ein Staat eine wirklich hegemoniale Position errungen hat, beginnt auch schon sein Abstieg; er verliert die hegemoniale Position nicht weil er schwächer wird [...], sondern weil andere aufholen. [...] Hegemonie scheint ein wunderbar einfaches Muster auszuweisen: Eine deutlich überlegene Produktionseffizienz im landwirtschaftlich-industriellen Bereich führt zu einer Vorherrschaft innerhalb der kommerziellen Distributionssphären, wobei sich entsprechende Profite aus dem Umstand ergeben, sowohl der Umschlagplatz eines großen Teils dieses Welthandels zu sein als auch die 'unsichtbaren Dienstleistungen' (Transport, Kommunikation und Versicherung) zu kontrollieren. Eine Vorherrschaft im Handel wiederum führt zur Kontrolle der Finanzbereiche Bankwesen (Wechselgeschäfte, Einlagen und Kredit) und Investitionen (Direkt- und Portfolio-Investitionen)" (2/38f). Angesichts der aktuellen Diskussion um das Phänomen der Deindustrialisierung in den USA scheint die Erkenntnis Wallersteins, daß „langfristig einzig die im Produktionsbereich erzielten Profite eine solide Grundlage (bilden), um die führende Position innerhalb der kapitalistischen Weltökonomie zu behalten“ (2/51f) von erheblicher Bedeutung. Hinzu kommt, wie Wallerstein bei der Analyse des Merkantilismus

deutlich macht, noch eine andere Schwierigkeit für den sich imperial gebenden Staat: „Im besten Fall kann [...] die Kultur einer Hegemonialmacht Modellcharakter erlangen, vor allem in technologischer Hinsicht, doch ist die Kultur genau jener Ort, wo Hegemonie auf Widerstand stößt, wo die historischen Werte bestehender 'Zivilisationen' beschworen und gegen die zeitweilige Übermacht des Markts ins Treffen geführt werden. Dies trifft auf das 17. Jahrhundert ebenso zu wie auf die Gegenwart“ (2/72f). Was die Klassenkämpfe betrifft hat Wallerstein eine interessante Beobachtung gemacht: „Jene Phase, in der sich die Vorherrschaft einer Hegemonialmacht herausbildet, scheint die innerstaatliche Variante zu begünstigen, da hier jene, die ihre Klasseninteressen im Rahmen des Marktes durchsetzen wollen, die internen, aus früheren Epochen stammenden Hemmnisse zu beseitigen suchen. Jene Phase, in der sich der Niedergang einer Hegemonie vollzieht, scheint die zwischenstaatliche Form zu begünstigen, da hier jene, die ihre Klasseninteressen im Rahmen des Marktes durchsetzen wollen, bestrebt sind, die zwischenstaatlichen politischen Beschränkungen aus früheren Epochen zu beseitigen“ (2/79).

Wallerstein stellt die im öffentlichen wie im wissenschaftlichen Diskurs fest verankerte Vorstellung eines Zeitalters der Revolutionen, die Europa und die Welt grundsätzlich verändert haben, in Frage. Seiner Meinung nach sollte die Konzeption einer „ersten industriellen Revolution“ ganz aufgegeben werden und das nicht nur wegen des zweifelhaften

Datenmaterials: „Denn sie wird immer von der Prämisse ausgehen, daß die britische ‘Überlegenheit’ mit einer bestimmten, absoluten Merkmalskonstellation erklärt werden kann. Die Konstellation, die es jedoch in Wirklichkeit ausfindig zu machen gilt, ist die relative Stellung der jeweiligen Akteure innerhalb des weltwirtschaftlichen Rahmens. Es ist die Weltwirtschaft, die sich im Lauf der Zeit entwickelt, und nicht die Untereinheiten innerhalb der Weltwirtschaft“ (3/51). Und das Konzept der bürgerlichen Revolution in Frankreich erfüllt „letzten Endes die gleiche Funktion wie die Konzeption der industriellen Revolution. Letztere gibt zu erklären vor, warum Großbritannien in diesem speziellen Zeitabschnitt besonders gegenüber Frankreich, seinem Haupttrivalen, einen überproportional großen Teil des weltweiten Surplus an sich riß. Die Konzeption der bürgerlichen Revolution erklärt, eher unter Verwendung französischer als britischer Daten, das gleiche Phänomen. Es sagt uns, warum Frankreich den Kürzeren zog“ (3/79).

Wallersteins Skepsis gegenüber dem Konzept der Doppelrevolution dürfte ihre Ursache in seinem Wissenschaftsverständnis haben, daß sich – wie für die Annales-Schule nicht untypisch – mehr an Strukturen als an dialektischen Prozessen orientiert. Auf den ersten Blick scheint seine zentrale These, „daß kumulativer und selbsttragender Wandel in Gestalt eines unaufhörlichen Akkumulationsdrangs das Leitmotiv der kapitalistischen Weltwirtschaft seit ihrer Entstehung im 16. Jahrhundert ausgemacht hat“ (3/35) dieser Feststellung

zu widersprechen. Doch dem Begriff Revolution steht Wallerstein distanziert gegenüber, weil dieser die „Diskontinuität hervor(hebt)“ (3/7), er jedoch die „Evolution der Strukturen des gesamten Systems“ (1/20) beschreiben will. Es ist zwar zutreffend, daß der historische Wandlungsprozeß sich meistens allmählich und kontinuierlich vollzieht. Er kann sogar in dem Sinne, daß jedes Ereignis mit einem unmittelbar vorausgehenden in einer logischen Kette verbunden werden kann, als im ganzen kontinuierlich bezeichnet werden. Jede Entwicklungstheorie muß jedoch davon ausgehen, daß es in der ökonomischen Entwicklung kritische Punkte gibt, an denen sich das Tempo anormal beschleunigt und die Kontinuität durch eine scharfe Richtungsänderung im Gang der Ereignisse durchbrochen wird. Diese abrupten Richtungsänderungen entsprechen den gesellschaftlichen Revolutionen. Insofern erweckt Wallersteins Systemtheorie den Eindruck als wolle er mittels Quantifizierung und Operationalisierung Hegels Diktum „Das Wahre ist das Ganze“ für die kritische Sozialwissenschaft praktikabel machen, weil dem zwar in der Tat so ist, aber die Dialektik für einen aus der angelsächsischen Tradition kommenden Soziologen doch eher ins Reich der Metaphysik gehört und somit keine analytische Qualität haben kann.

Karl Unger

Zwischenimperialistische Konkurrenz?

Lorenz Knorr, Partner und Rivalen. USA und EU in der Krise, VAS - Verlag für akademische Schriften, Frankfurt/Main 2005, 114 S., 11,80 Euro

Der Krieg der USA gegen den Irak vor zwei Jahren hat einerseits in der verbliebenen internationalen kritischen Sozialwissenschaft eine Renaissance der imperialismustheoretischen Diskussion ausgelöst. Andererseits wird der Begriff selbst von einflußreichen Politikberatern in den imperialistischen Zentren völlig affirmativ verwendet. Während Teile der Sozialwissenschaften und Teile der Machteliten also – wenngleich mit anderen Inhalten – terminologisch eine Annäherung vollzogen haben, ist auf jene hinzuweisen, die mit dem Begriff Imperialismus bereits seit längerem operieren. Lorenz Knorr, ehemals führendes Mitglied der Deutschen Friedens Union und Leiter des Projektes Frieden & Abrüstung an der Oldenburger Universität, versammelt in seiner jüngsten Publikation eine Reihe von Vorträgen, die er in einer Zeit – 2004 – hielt, die von tiefgreifenden Differenzen zwischen der US-Führung und den Regierungen der Hauptmächte der EU bestimmt war. Einige Wiederholungen lassen sich auf Grund dieser Konzeption des Bandes nicht vermeiden und auch einige aktuelle Bezüge, die während des Vortrages von Bedeutung gewesen sein mögen, nicht jedoch bei Erscheinen.

Die die Aufsätze durchziehende zentrale Frage ist das Konkurrenzverhältnis von USA und der EU un-

ter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung – klassisch formuliert also die Frage der inner- oder zwischenimperialistischen Konkurrenz. Lorenz nähert sich durch die Analyse von innen- wie außenpolitischen Verhältnissen der Akteure dem Gegenstand an. So werden auf der einen Seite die bisherigen Säulen der widersprüchlichen US-Hegemonie (25 ff.) sowie der Beginn des US-Niedergangs nach dem verlorenen Krieg gegen Vietnam (29 ff.) untersucht und auf der anderen Seite die aktuellen Verhältnisse in der EU (51 ff.), insbesondere der EU-Verfassungsentwurf. (58) Für Lorenz steht mit Bezug auf den Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein außer Frage, daß die USA sich seit dem verlorenen Vietnamkrieg auf allen für Machtentfaltung und Hegemonie wesentlichen Feldern in der Defensive befinden. Die Frage sei nur noch, „ob die US-Führung einen ‚würdevollen Abstieg‘ findet, oder ob sie abstürzt – mit möglicherweise verhängnisvollen Folgen für die Völker dieser Welt.“ (33)

Zur Untermauerung dieser Sicht werden zudem die Thesen von Ch. Johnson und E. Todd herangezogen. (39) In Bezug auf die Frage des Niedergangs der USA – wie auch die Frage der Krise des neuen Imperialismus allgemein – wäre zu prüfen, ob der Autor die Krisenanfälligkeit der USA und des Weltkapitalismus nicht überschätzt. Zwar sind Hinweise auf sinkende Massenkaufkraft und Profitraten, die steigende Massenarbeitslosigkeit und auf die empirisch nicht zweifelsfrei belegten Kondratieffzyklen Indizien für Krisentendenzen. Daß das System damit aber

bald seine eigenen Totengräber produziert (89), war schon einmal eine allzu kühne Hoffnung. Die Parallele der Fixierung auf das nahende Ende des Kapitalismus in neueren Arbeiten der Weltsystemtheorie – auf die Knorr Bezug nimmt – und in der klassischen Imperialismustheorie birgt die Gefahr, einen klaren Blick auf die Analyse der herrschenden Verhältnisse zu verstellen.¹ Zur Diskussion anregend und sicher Widerspruch provozierend sind ferner die Warnungen vor einem neuen Faschismus in den USA (42; 36).

Interessant ist Knorrs Charakterisierung der EU. Ihre „dominierenden inneren Triebkräfte [...] sind im Prinzip nicht anders als in den USA auf die ‚neoliberalistischen‘ Praktiken lukrativer Kapitalverwertung ausgerichtet.“ (51) Dementsprechend kritisiert der Autor den europäischen Verfassungsentwurf in Hinblick auf die militärische Aufrüstungsverpflichtung, Erstschlagsdoktrin und Festschreibung der neoliberalen Wirtschaftsordnung. Erschreckend – und viel zu unbekannt – ist die Wiedergabe von Äußerungen des Blair-Beraters R. Cooper. „Eine Doppel-moral sei notwendig: die Europäer mögen einander zwar ‚auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit begegnen‘, jedoch müsse man im Umgang mit der außereuropäischen Welt, ‚auf die rauen Methoden früherer Epochen zurückgreifen: Gewalt, Präventiv-

schlag, Täuschung und was sonst noch notwendig sein mag [...] Wenn wir im Dschungel agieren, müssen wir uns nach den Gesetzen des Dschungels richten.“ (48)

Realistisch und ausgewogen sind Knorrs Einschätzungen der zwischenimperialistischen Konkurrenzverhältnisse. „Es ist ein höchst widersprüchliches Verhältnis von neu aufpolierter Partnerschaft und zunehmender Rivalität, das die gegenseitigen Beziehungen der USA und der EU – bzw. deren Hauptmächten Deutschland und Frankreich – beeinflusst.“ Die vom historischen Abstieg bedrohte Supermacht wehre sich mit allen verfügbaren Mitteln gegen ihre „tributpflichtigen Vasallen“, die sich nach dem Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung profitwirtschaftlicher Staaten zu weitgehend eigenständigen Akteuren transformieren. (17) Eine Prognose will der Verfasser jedoch nicht abgeben. Ob ein „kollektiver Weltimperialismus“ nach Kautsky zur rigorosen Niederhaltung von Widerstand im Entstehen begriffen ist, oder ob sich eine zugespitzte Rivalität zwischen den imperialistischen Zentren mit wachsender Kriegsgefahr entwickelt, sei angesichts der gegenwärtigen Faktenlage nicht schlüssig zu beantworten. (77)

Kapitel über die Perspektiven von oppositionellen Kräften vor allem in Lateinamerika, aber auch in den imperialistischen Zentren des „Westens“ runden den Band ab, so daß ein gelungener Beitrag zur ersten Einführung in die Debatte vorliegt.

Guido Speckmann

¹ Vgl. Miriam Heigl, Auf dem Weg zur finalen Krise des Kapitalismus? Weltsystemtheoretische Beiträge zur neuen Debatte um Imperialismus, in: Prokla, Heft 139, 35. Jg., 2005, Nr. 2, 267-285.

Anregungen französischer Soziologen

Stephan Moebius/Lothar Peter (Hrsg.), Französische Soziologie der Gegenwart, Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft mbh 2004, 492 S., 19,90 Euro

Zwischen den französischen und den deutschsprachigen Geisteswissenschaften existieren traditionell Verständigungsschwierigkeiten, die in den unterschiedlichen Denktraditionen, nicht zuletzt aber auch in der Konkurrenz der Autoren untereinander begründet sind. Die Soziologievermittlung in Deutschland konzentriert sich noch immer auf hiesige Theoretiker; die aktuelle französische Soziologie wird kaum wahrgenommen, geschweige denn in nennenswertem Ausmaß an den Universitäten gelehrt. Trotz des besonders mit der Rezeption der Texte Pierre Bourdieus neu erwachten Interesses an französischer Soziologie war bis vor kurzem der aktuellste lieferbare deutschsprachige Überblick zum Thema der 1961 erschienene Band „Die neuere französische Soziologie“ von Josef Gugler.

Die Herausgeber des vorliegenden Bandes, Lothar Peter und Stephan Moebius, legen mit ihrem einführenden Sammelband „Französische Soziologie der Gegenwart“ also den ersten fundierten Überblick über die aktuellen Entwicklungen in der französischen Soziologie auf dem deutschen Buchmarkt seit mehr als vierzig Jahren vor.

Nun ist es mit Einführungen so eine Sache. Es ist verlockend, sich durch die schnelle Lektüre der kompakten Darstellung eines Theoriegebäudes die Auseinandersetzung mit den Ori-

ginaltexten zu ersparen. Das passt zu einer Studiensituation, in der mit der flächendeckenden Durchsetzung von Studiengebühren sich nicht zuletzt die krude Idee manifestiert, ein Studium habe vor allen Dingen zügig vorstatten zu gehen. Dem Zwang zur geistigen Höchstgeschwindigkeit können sich die StudentInnen zunehmend weniger entziehen. Originaltexte werden an den Universitäten immer seltener gelesen, die Zeit ist knapp. Es drängt sich der Gedanke auf, dass die Überschwemmung des Buchmarktes mit einführender Sekundärliteratur Reaktion auf die aktuelle bildungspolitische Misere ist, die die zeitintensive Entwicklung eigener Gedanken (die sich am ehesten noch in der Reibung mit den Originalen entfalten) zunehmend unmöglich macht.

Dieser Band allerdings schließt tatsächlich eine Lücke. Neben den auch in Deutschland zur Kenntnis genommenen „quatre coins de la sociologie“, den vier großen Autoren der Soziologie Michel Crozier, Raymond Boudon, Alain Touraine und Pierre Bourdieu, stellen die Autoren des Bandes Theoretiker vor (tatsächlich sind es bis auf Dominique Schnapper ausschließlich Männer), die an den Rändern des soziologischen Feldes tätig sind. Postmoderne Denker wie Jean Baudrillard und Bruno Latour, die den systematischen Charakter von Gesellschaft prinzipiell in Frage stellen oder gar verneinen, wird ebenso viel Platz eingeräumt, wie den hier kaum bekannten und bislang auch kaum übersetzten Grenzgängern Georges Balandier und Edgar Morin.

Die Frage nach dem Subjekt in der Moderne ersetzt in der Soziologie nach 1968 zunehmend eine Analyse,

die von einer in Klassen differenzierten Gesellschaft ausgeht. Eine Perspektive, die – wie Lothar Peter in seinem Text über Alain Touraine zeigt – eine Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht ausschließt: „Weil die zentralen Konflikte der Gesellschaft nicht mehr durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit determiniert seien, lasse sich nach Touraine auch Herrschaft nicht mehr als durch kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln bedingt erklären. Vielmehr äußert sich Herrschaft in der postindustriellen Gesellschaft primär als Monopol technokratischer Eliten an Entscheidungs-, Steuerungs- und Organisationsprozessen nicht nur des Produktionssystems, sondern des gesamten kulturellen Modells der neuen Gesellschaft, also als Herrschaft auch über Wissen, Information, Konsum und Freizeit.“ (149f.)

Was einen Großteil der hier vorgestellten Theoretiker verbindet, ist das Betreiben, auf die Veränderungen des Sozialen mit einer aktualisierten Gesellschaftstheorie zu reagieren, ohne in der Neuformulierung theoretischer Konzepte die Kritik der Macht und das Aufzeigen möglicher Ansatzpunkte zur Veränderung der Verhältnisse zu vergessen. Das Kapitel über Pierre Bourdieu sowie die Texte über die Arbeiten von Dominique Schnapper, Robert Castel, Luc Boltanski und Laurent Thévenot zeigen, dass die Frage nach der Möglichkeit des politischen Engagements der Intellektuellen in Frankreich wesentlich dringlicher und intensiver diskutiert wird als in Deutschland.

Die Beiträge von Martin Kronauer bzw. Dietmar J. Wetzel über Robert

Castel und Dominique Schnapper sollen im folgenden ausführlicher vorgestellt werden, da sie die Arbeiten zweier SoziologInnen zum Gegenstand haben, die in Deutschland wenig zur Kenntnis genommen worden sind. Beide – Castel wie Schnapper – gehen von einem Zusammenhang zwischen dem in der Arbeitsteilung eingenommenen Platz und der Teilhabe an den Sozialbeziehungen und den staatlichen Sicherungssystemen aus, die die Individuen gegen die „Zufälligkeiten der Existenz“ (Castel) absichern. Dominique Schnapper arbeitet bereits seit Anfang der siebziger Jahre zu Fragen der sozialen Ausgrenzung und der Möglichkeit der Integration in modernen Gesellschaften, die nicht mehr durch die traditionelle Bande der Religion oder der Familie zusammen gehalten werden. Sie betrieb jahrelang Feldforschung u.a. über die Lebens- und Arbeitssituation von italienischen Immigranten in Frankreich, über jüdische und islamische Identitäten und über Arbeitslosigkeit und Zuwanderung. Exklusion, der Ausschluß von Individuen oder Gruppen vom Arbeitsmarkt und aus dem politischen Leben, wird als Prozess begriffen – Inklusion (als Einbeziehung der Menschen in diese sozialen Zusammenhänge) und Exklusion sind nicht einfach als Gegensätze zu begreifen. Die Auflösung des starren Gegensatzes innen/außen zugunsten der Beschreibung verschiedener Zustände der Exklusion wie *vulnérabilité* („Verwundbarkeit“, in der die Erwerbseinbindung und das soziale Netz brüchig werden) bis hin zur *désaffiliation* („Entkoppelung“, der kompletten Ausschließung aus

der Erwerbsarbeit) erlaubt es überhaupt erst, soziale Ausgrenzung in ihrer Komplexität zu fassen. Dabei nimmt Schnapper sowohl die Integration am Arbeitsmarkt wie auch die „soziale Einbindung in Nahbeziehungen“ (401) in den Blick. Entgegen der Annahme vom „Ende der Arbeit“ (Jeremy Rifkin) betont sie die Bedeutsamkeit der Arbeit für die Integration der Individuen in die Gesellschaft und die von dieser Bedeutsamkeit abgeleiteten Verpflichtung des Staates, auf die Arbeitsverhältnisse regulierend einzuwirken und die Entkoppelung der Individuen vom gesellschaftlichen Leben z.B. durch sozialstaatliche Maßnahmen zu verhindern.

Auch Robert Castel hält daran fest, „dass gesellschaftliche Einbindung und Teilhabe nicht allein vertragsförmig über Märkte vermittelt werden können“ (471). In seinem 2000 auf deutsch erschienenen Hauptwerk „Die Metamorphosen der sozialen Frage“ schreibt er die Frankreichs aus der Perspektive der von ihr Ausgeschlossenen. Das vorläufige Ergebnis dieser Geschichte der sozialen Frage ist der Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung: „Dass Frankreich und andere Länder Europas mittlerweile wieder mit einer sozialen Frage konfrontiert sind, hat Castel zufolge zunächst etwas mit den Unvollkommenheiten und unintendierten Wirkungen des vorausgegangenen Erfolgsmodells wirtschaftlichen Wachstums zu tun. Das Normalarbeitsverhältnis mit seinen unbefristeten Arbeitsverträgen blieb im Grunde fragil, weil wachstumsabhängig und nicht gesetzlich gesichert. Auch die beitragsfinanzier-

ten sozialen Sicherungssysteme waren zutiefst krisenanfällig, auf Gedeih und Verderb auf Vollbeschäftigung angewiesen. Die ‚Individualisierung‘ wiederum, unter anderem eine Folge der erweiterten Handlungsspielräume auf der Grundlage von sozialstaatlichen Leistungen, unterminierte die primären, verwandtschaftlichen Unterstützungssysteme.“ (469) Das Resultat dieser verheerenden Entwicklung fasst Castel in einer neuen sozialen Kategorie – der Überzählige: „Auf Dauer von Erwerbsarbeit ausgeschlossen, ohne zuerkannte und damit auch eigene soziale Identität, treibt er ‚in einer Art gesellschaftlichem no man’s land‘ herum.“ (470)

Dominique Schnapper und Robert Castel können in ihrem politischen Engagement wie in ihrer theoretisch und empirisch fundierten Gesellschaftskritik als typische engagierte Intellektuelle gelten. Trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen spielen sie in der soziologischen Diskussion der Bundesrepublik bislang kaum eine Rolle. Diese tatsächlichen Differenzen zur deutschen Tradition sind das Interessanteste und Anregendste an dem Band: Zum einen die Aufgeschlossenheit gegenüber den theoretischen Ansätzen etwa von Edgar Morin, Jean Baudrillard oder Bruno Latour, die keine Scheu haben, dem Imaginären und dem vorgeblich Irrationalen einen Platz einzuräumen; zum anderen das dezidiert politische Anliegen einer Soziologie der Macht, wie sie etwa Pierre Bourdieu, Luc Boltanski, Dominique Schnapper und Robert Castel betreiben. SoziologInnen, die sich – auch das ist selten in Deutschland – explizit auf die Seite der Beherrschten und Ausge-

schlossenen stellen, ohne dabei die Reflexion der Ambivalenzen und Schwierigkeiten, die das Dasein als engagierter Intellektueller (als „beherrschter Herrschender“ würde Bourdieu sagen) mit sich bringt.

All jene, die sich für die Untersuchung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse in postindustriellen Gesellschaften interessieren, bekommen hier eine Reihe von gesellschaftstheoretischen Ansätzen vorgestellt, welche die eigene Arbeit nur bereichern können. „Französische Soziologie der Gegenwart“ wird allen Anforderungen, die man an eine Einführung stellen kann, gerecht. Die sechzehn deutschsprachigen Autorinnen und Autoren bieten mit ihren Texten den Lesern und Leserinnen einen fundierten ersten Einblick in das Werk der jeweiligen Soziologen. Die Lektüre sollte jedoch nicht die Beschäftigung mit den Originaltexten ersetzen – als Orientierung und Anregung eignet sich der Band hervorragend.

Benjamin Moldenhauer

Zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft

Pierre Bourdieu, Schwierige Interdisziplinarität. Zum Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft, Hrsg. Elke Ohnacker u. Franz Schultheis, Münster 2004, Verlag Westfälisches Dampfboot, 199 S., 24,00 Euro

Das Buch ist keine systematische Abhandlung, kein Kompendium des Verhältnisses von Soziologie und Geschichtswissenschaft, sondern eine Zusammenstellung von an sich

selbständigen Texten, die das Thema auf unterschiedliche Weise betreffen und die, da sie die Probleme unter verschiedenen Aspekten behandeln, mancherlei Wiederholungen aufweisen. Zu Wort kommt auch nicht nur Bourdieu, denn neben einigen seiner Beiträge beinhaltet der Band Interviews und Aufzeichnungen von Gesprächen, in denen Bourdieu Fragen beantwortet bzw. seinen Dialogpartnern seine Auffassungen erläutert.

Die Herausgeber haben die von ihnen ausgewählten Texte nach drei Themenbereichen gegliedert: I. Historische Soziologie; II. Historiker und Soziologen; III. Interdisziplinarität.

Der erste Themenbereich wird mit einem Beitrag zum „mangelnden“ bzw. „gestörten“ Verhältnis französischer Wissenschaftler zu Max Weber eingeleitet. Sarkastisch merkt Bourdieu an, daß ihre Unkenntnis französische Intellektuelle nicht daran gehindert hätte, Weber zu verurteilen. Bourdieu hingegen bekundet seine Wertschätzung für Weber und betont dessen Fähigkeit, „angesichts eines bestimmten Problems das gesamte verfügbare Wissen über alle bekannten Zivilisationen zu mobilisieren“. Dies sei „menschgewordene vergleichende Methodik. In dieser Hinsicht steht er für eine der exemplarischen Formen der Soziologie“. Bourdieu widerspricht der These von einer Opposition Webers zu Marx. Vielmehr lasse sich behaupten, „daß Weber die marxistische Intention (im wahrsten Sinne des Worts) in Bereiche umgesetzt hat, in denen Marx unvollständig blieb.“ Weber könne „die Historiker jedenfalls die Kunst lehren, angesichts einzelner Gegens-

tände ‚universelle‘ Fragen zu stellen..., und die aufgrund ihres Standpunkts ehrgeizigeren und eingebildeteren Soziologen können von ihm lernen, ihre Fragen universellen Anspruchs angesichts konkreter Fallstudien zu stellen“ (21 ff.).

In einem zweiten Beitrag geht Bourdieu von der „königlichen Hausmacht“ als dynastische Form des Staates aus, um sodann die Genese des bürokratischen Staates mit dem spezifischen Charakter der Staatsraison zu untersuchen. Er verdeutlicht die Unterschiede der „Reproduktionsmodi“ beider Staatsformen. Die grundlegenden Eigenschaften des dynastischen Staates ließen sich in bestimmtem Maße aus dem „Modell des Hauses“ ableiten. „Für den König und seine Familie ist der Staat mit dem königlichen Haushalt identisch, der als Erbe verstanden wird...“ Dieses Modell erlaube, „der auf retrospektive Illusion gegründeten teleologischen Sichtweise“ zu entgegen, als wäre die Entstehung Frankreichs ein Projekt der aufeinanderfolgenden Könige. Für den Übergang vom dynastischen zum bürokratischen Staat sei die Ersetzung des Blutadels durch einen neuen Staatsadel, somit der Übergang vom familiären Reproduktionsmodus zu einem bürokratischen Reproduktionsmodus mit Bildungskomponenten, die einen hohen Stellenwert erhielten, wesentlich. Die damit verbundene Trennung zwischen Öffentlichem und Privatem, zwischen privater Macht des Königshauses und öffentlicher Macht, habe zur „Bildung einer spezifisch politischen Ordnung der öffentlichen Kräfte geführt, die über eine eigene Logik (der Staatsraison),

über autonome Werte und eine spezifische, vom (königlichen) Herrschaftlichen und vom Privaten unterschiedene Sprache verfügt“ (24 ff.).

Der zweite Themenbereich „Historiker und Soziologen“ bildet mit vier Gesprächsprotokollen und zwei Autorenbeiträgen den zentralen, ausführlichsten Teil des Buches. Über Kulturgeschichte diskutierte Bourdieu mit R. Chartier und R. Darnton. Auf zwei wesentliche Grundaussagen Bourdieus sei in diesem Zusammenhang hingewiesen. Bei Anerkennung einer gewissen Autonomie der Kultur betont er die Notwendigkeit, Kultursysteme im Verhältnis zur gesellschaftlichen Welt, sie in deren Beziehung zum „System der Produktivkräfte“, zum „Produktionsfeld“, in dem sie „geschaffen“ werden, zu untersuchen. Von Bedeutung in der Kultur seien „Symbolsysteme“, die man nicht, wie es entsprechend einer gewissen Widerspiegelungstheorie geschehe, als „verwandelte Ausdrucksformen der ökonomischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit“ begreifen dürfe. In Wirklichkeit gehe es um einen „unterschiedlichen Gebrauch der Symbolismen“. In partieller Hinsicht würden „gemeinsame Codes“ auf unterschiedliche Weise angewandt, „mit allen Arten komplexer Strategiespiele, die durch den Verständnis- und Mißverständnisanteil möglich gemacht werden“. Würde man demselben Wort ganz und gar denselben Sinn unterlegen, „gäbe es eine Menge Dinge, die nicht mehr möglich wären“. Insofern könne man von einer „guten Nutzung des Mißverständnisses“ sprechen. (50 ff.)

Ein weiteres Gespräch Bourdieus mit R. Cartier geht der Frage nach, wer Geschichte und wer Geschichten mache. Ausgangspunkt der Debatte ist die Feststellung Cartiers, daß sich bei Historikern und Soziologen seit den 60er Jahren ein Wandel in der Sichtweise vollzogen habe, der Spannungen erzeuge, nämlich daß die damals vorherrschende Sichtweise „in Begriffen von Strukturen, Hierarchien, Positionen und objektiven Relationen“ ersetzt worden wäre durch die „Rekonstruktion des sozialen Akteurs, des Individuums und der interpersonalen Relation“. Bourdieu verneint einen entsprechenden „fiktiven“ Gegensatz beider Sichtweisen, indem er auf das Verhältnis von Objektivität und Subjektivität, von Gesellschaft und Individuum, zwischen „Individualismus und Sozialismus oder Kollektivismus“ verweist. Er bezeichnet die entsprechende Debatte deshalb als absurd, da „um es einfach zu sagen, die Gesellschaft in zwei Formen existiert: sie existiert in der Objektivität, in Form sozialer Strukturen und Mechanismen ..., und sie existiert auch in den Köpfen, in den Individuen, sie existiert im individuellen, inkorporierten Zustand“. Allerdings gehe es hierbei auch um gewisse Unterschiede in der Betrachtungsweise von Historikern und Soziologen. Im Gespräch betont er sein „methodologisches Mißtrauen hinsichtlich der großen tendenziellen Gesetze“, die ihre Blüte im Marxismus und Postmarxismus gehabt hätten und noch immer eine Versuchung für die Geschichtswissenschaft und bestimmte Soziologen darstellen würden. Und er warnt vor Vergleichen zwischen

Zuständen gesellschaftlicher Systeme, die völlig andere Strukturen besitzen, sowie vor der Gefahr der Teleologie, vor der Tendenz, „Beschreibungen zu Erklärungen zu machen“. Der historische Prozeß habe Einfluß auf das, was er als Habitus bezeichne und was die Historiker „mit dem etwas schwammigen und gefährlichen Begriff der Mentalitäten belegen“. Zu fragen sei nach den Bedingungen der Konstituierung des Habitus, danach, inwieweit dieser von der „Epoche, den allgemeinen historischen Bedingungen ... beeinflusst ist“. Historische Irrtümer entstünden auch dadurch, daß man, wie das gewisse Historiker täten, darauf verzichte, nach der Genese des politischen Feldes und der Begriffe zu fragen, die von einer „politischen Philosophie“ verewigt würden. Bourdieu wendet sich gegen die Ambition, die Soziologie als eine „Königsdisziplin“ zu begreifen (69 ff.).

Es folgt das Resümee von Debatten auf zwei Tagungen (in Paris im September 1993 und in Göttingen im September 1994), an denen neben Bourdieu Ch. Charle, H. Kaelble und J. Kocka teilnahmen. Themen waren aktuelle Tendenzen der deutschen Geschichtswissenschaft, die Berücksichtigung der Politik in der Geschichtsforschung, das Verhältnis innerer und äußerer Faktoren der Brüche von 1945 und 1989 in der deutschen Geschichte sowie das Problem der vergleichenden Geschichtswissenschaft. Bourdieu bestätigte die Auffassung von Kocka, daß Historiker, die sich für vergleichende Wissenschaft interessieren, einen analytischen Ansatz hätten und zu den So-

zialwissenschaften Beziehungen pflegten. Das gelte besonders für die Erforschung der Nazi-Diktatur und die Entwicklung in West- und Ostdeutschland. Historische Vergleiche besäßen Besonderheiten, so Kocka, da man sie aus dem Kontext interpretieren, sie nicht in Begriffen der Generalisierung denken, sich der Schwierigkeit bewußt seien würde, (moderne) Begriffe auf die Vergangenheit anzuwenden. Bourdieu plädierte in diesem Zusammenhang für eine intellektuelle Integration von Theorie und Praxis, „die wiederum grundlegende Bedingung für die institutionelle Integration“ der Fachdisziplinen sei (86 ff.).

Mit L. Raphael hat Bourdieu 1989 die Beziehungen zwischen Geschichte und Soziologie in Frankreich und Deutschland erörtert. Bourdieu meinte, daß Fächer wie Geschichte, Ethnologie, Soziologie und Ökonomie „künstlich getrennt wurden und wieder vereinigt werden müßten und die auch ganz sich real wieder vereinigen“, zumal manche Historiker auch als Soziologen gelten könnten. Dennoch stelle sich die Frage nach Unterschieden. Manche Historiker würden die Soziologie verdrängen, indem sie vor der Konstruktion ihres Forschungsgegenstandes und vor theoretischen Modellbildungen zurückschreckten. Der Unterschied zwischen Soziologie und Geschichte bestehe in der Beziehung zu Begriffen und zur Theorie. Eigentlich sei aber der Gegensatz zwischen beiden Disziplinen nur fiktiv, so Bourdieu, „weil Geschichte und Soziologie ein und denselben Gegenstand haben und auch über dieselben theoretischen und technischen Instrumente

verfügen können, um ihn zu konstruieren und zu analysieren“. Zu denken sei an eine vereinigte Sozialwissenschaft, „wobei Geschichte eine historische Soziologie der Vergangenheit und die Soziologie eine Sozialgeschichte der Gegenwart“ wäre.

Ein Wissenschaftler müsse den Unterschied zwischen der Welt, in der er denkt, und der Welt, in der er lebt, reflektieren. Daraus resultiere das Erfordernis zur „wissenschaftlichen Objektivierung des erkennenden Subjekts“ selbst, also die „Historisierung des Subjekts der Geschichtsforschung“, damit des gesamten Feldes, in dem es wirkt. Und dies erfordere zugleich, an „die Begriffe der Geschichtswissenschaft oder der Soziologie mit der Pinzette des Historikers“ heranzugehen, die historische Genealogie“ der Begriffe, ihre „soziohistorische Entstehungsgeschichte der unterschiedlichen semantischen Felder“ zu ermitteln. So sei es ein Vorteil der deutschen Geschichtsschreibung, über das Instrument einer Begriffsgeschichte zu verfügen. Bourdieu kritisiert hierbei den „ganz unhistorischen Gebrauch von Begriffen“, die „Enthistorisierung von Konzepten“ in Wörterbüchern des Marxismus sowie „begriffliche Mißbildungen“. Als Beispiel nennt er den Umgang mit dem Begriff (man müßte wohl sagen Terminus) des Totalitarismus. Auch gelte es, zählebige Dualismen, die jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrten, so zwischen Ideengeschichte und Sozialgeschichte, zu überwinden, was in Gestalt der Analyse in den von ihm kreierten Begriffen „Feld“ und „Habitus“ möglich sei (98 ff.).

Zum Thema „Die Historiker und die Soziologie“ haben 1999 verschiedenen Historiker Bourdieu ausführlich begründete Fragen gestellt, die er sodann beantwortet hat, wobei er erneut seine Auffassung der Begriffe „Feld“ und „Habitus“, seine Auffassung vom Verhältnis zwischen Geschichtswissenschaft und Soziologie, zwischen Wissenschaft und Politik, vom Dualismus zwischen Theorie und Empirie usw. dargelegt (126 ff.).

Das Protokoll eines Seminars über die „Besonderheiten der Nationalgeschichten“ im Sinne einer vergleichenden Geschichte relevanter Unterschiede zwischen den Nationen beschließt das zweite Kapitel. Einleitend begründete Bourdieu explizit seine Auffassung von den Aufgaben der Geschichtswissenschaft. Er setze ebenso wie Durkheim voraus, daß Geschichte den Zweck habe, das Verständnis der Gegenwart zu vermitteln. Somit sei „Geschichte dem Verständnis und der Erklärung der Gegenwart untergeordnet“, wobei allerdings die Gefahr der Theologie zu umgehen sei. Auch sei das Risiko zu vermeiden, „die Vergangenheit mit Problemen zu befrachten, die sich in der Vergangenheit nicht stellten und ihr einen ethnozentrischen Blick, wenn nicht gar normative Fragen aufzwingen, mit denen die Vergangenheit nichts zu tun hat“. Um diese Probleme zu lösen, müsse die Geschichtswissenschaft zwei Erfordernisse erfüllen: Sie dürfe keine Nationalgeschichte, keine Gegenüberstellung von Nationalgeschichten sein, und sie müsse über einen mechanischen Vergleich statistischer, demographischer, sozialer und ökonomi-

scher Daten hinausgehen und die Nation selbst zum Untersuchungsgegenstand machen (152 ff.).

Das dritte Kapitel enthält nur einen Beitrag Bourdieus über „teilnehmende Objektivierung“. Er greift hier bereits erörterte Überlegungen darüber auf, daß der Forscher Subjekt und Objekt zugleich ist. „Unter teilnehmender Objektivierung verstehe ich die Objektivierung des Subjekts der Objektivierung, das heißt des analysierenden Subjekts – kurz, den Forscher selbst.“ Es müsse – als Bedingung der Wissenschaftlichkeit – nach der subjektiven Beziehung des Wissenschaftlers zum Objekt seiner Forschung gefragt werden. Das betraf nicht nur die Objektivierung seines Standpunktes, von dem er die Forschung betreibt, nicht nur die seiner Interessen, die er in bezug auf das Objekt hat, vielmehr auch „die Objektivierung des Unbewußten (der historischen ‚Transzendentalität‘), das unvermeidbar in seine Arbeit“ einfließe (172 ff.).

Insgesamt sind die ausgewählten Beiträge für Historiker, Soziologen und Philosophen sehr anregend und erfordern ein tieferes Nachdenken über die methodologischen und theoretischen Grundlagen und Anforderungen an jegliche Gesellschaftswissenschaft, so auch in bezug auf spezifische und allgemeine Probleme vergleichender Forschung, auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, von Objektivität und Parteilichkeit des Wissenschaftlers, in bezug auf Sinn und Zweck jeglicher Forschung überhaupt.

Zum Anliegen des Bandes und zur Interpretation der Wissenschaftskon-

zeptionen Bourdieus äußern sich die Herausgeber im Vorwort (Elke Ohnacker) und in Nachbemerkingungen (Franz Schultheis).

Harald Neubert

Antifaschistischer Widerstand in Frankfurt/M.

Barbara Bromberger, Nieder mit Hitler. Frankfurter Arbeiterbewegung im Widerstand gegen den Faschismus 1933-1945, VAS-Verlag für Akademische Schriften, Frankfurt/M. 2004, 332 S., 19,80 Euro

Das Buch ist eine erweiterte und überarbeitete Neuauflage einer 1976 erschienenen und seit langem vergriffenen Studie unter dem Titel „Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main gegen den Faschismus 1933-1945“. Hinzugekommen sind u.a. weitere Zeitzugeneninformationen, Hinweise auf die heutigen Erinnerungsleistungen der Stadt Frankfurt/M. (die immerhin als einzige deutsche Stadt ihre Widerstandskämpfer öffentlich auszeichnet). Allein der zeitliche Abstand seit der Erstveröffentlichung macht diese Arbeit heute so wichtig: Eine ganze neue Generation erhält damit einen Zugang zu Ereignissen, die in der medialen und schulischen Vergangenheitsbewältigung kaum noch eine Rolle spielen, und zu Personen, die inzwischen weitgehend verstorben sind. Politisch ist dieses Buch angesichts der Verzerrungsinzenzierungen zum 60. Jahrestag der Befreiung eine Wohltat. Man kann auch daran ablesen, was sich in den letzten Jahren verändert hat, wenn etwa heute bei Berichten über das KZ Buchenwald fast durchgängig

einzig die US-Armee als Befreier gefeiert, aber ignoriert wird, dass die Widerstandsorganisation der Häftlinge selbst schon Tage vor der Ankunft der Amerikaner die Lager-SS entmachten und so verhindern konnte, dass bis dahin nochmals Tausende ermordet wurden.

Das Bromberger-Buch ist zwar eindeutig lokalgeschichtlich orientiert, dürfte aber über den lokalen Rahmen hinaus auch deswegen von Interesse und zu empfehlen sein, weil Frankfurt/M. (und die nähere Umgebung) sozial und politisch bis 1945 als durchaus repräsentativ für Städte in vergleichbarer Größenordnung in Deutschland gelten kann. Mit bedeutenden Unternehmen der Chemie- und Metallverarbeitung war die Stadt damals auch eine Arbeiterstadt, und die (partei-)politischen Verhältnisse unterschieden sich ebenfalls nicht sehr von anderen Stadtregionen.

Die Studie gliedert sich zum einen nach den Organisationen insbesondere aus der Arbeiterbewegung, aus den sich der Widerstand rekrutierte, zum anderen nach zeitlichen Zäsuren, die überwiegend von der innen- und außenpolitischen Entwicklung Nazideutschlands bestimmt wurden. Der Anhang mit einer ca. 1.500 Namen umfassenden Liste (z.T. mit Bildern) der am Widerstand beteiligten Personen ist nicht nur im Hinblick auf die erfassten Daten (Herkunft, Organisation, Prozessjahr, Urteil) beeindruckend, sondern er sagt schon allein eine Menge über die Struktur und den Verlauf des Frankfurter Widerstandes aus.

Zumindest zweierlei bestätigen diese Daten: Die große Mehrheit der Wi-

derständler stammte aus kommunistischen Organisationen (ca. 1.100 - aus KPD/KJVD/KPO), wobei fast alle aus der Arbeiterschaft kamen. Die meisten anderen waren Mitglieder sozialdemokratischer und sozialistischer Organisationen (SAP/ISK/Neu Beginnen); einige wenige – erstaunlich genug – hatten offenbar keine organisatorische Verbindung (Bromberger erwähnt hier verschiedene Einzelpersonen und Freundeskreise). Die Mitgliederzahlen der beiden großen Arbeiterparteien lagen 1932/1933 mit jeweils rd. 10.000 in der Stadt auf etwa gleicher Höhe. Zum anderen lassen die Daten einen deutlichen Einschnitt in der Repressionsstärke erkennen. Bis 1933/1934 wurden zwar die Organisationen allesamt verboten, ihre Funktionäre verhaftet, jede Oppositionstätigkeit verfolgt. Das Strafmaß bei den Prozessen ging zu dieser Zeit jedoch nur selten über ein oder zwei Jahre hinaus. Das System war noch nicht stabilisiert, interne Fraktionskämpfe noch nicht zugunsten der aggressivsten Fraktionen entschieden, und nicht zuletzt meinte man damals noch, auf die Reputation im Ausland Rücksicht nehmen zu müssen. Als Beispiel dafür erwähnt die Autorin die Vorgehensweise bei der Umbenennung von Straßennamen: Die Bezeichnungen Cassella-Straße, Mertonstraße, Carl-von-Weinberg-Straße blieben vorerst erhalten, da „gegen die Umbenennung insofern Bedenken bestehen, als hierdurch Verstimmungen der IG-Farben oder der Metall-Bank entstehen ... können.“ Bei der Paul-Ehrlich-Straße – ebenfalls benannt nach einem „Nichtarier“ – wies man darauf hin, dass „die Erfindung des Salvar-

sans als Erfolg deutscher Wissenschaft auch im Ausland gewertet wird.“ Später werden die Herrschaften über diese Sorgen gelacht haben.

Diese Zurückhaltung in den Anfangsjahren des Nazi-Regimes gehörte zu den Umständen, unter denen es gelingen konnte, den Widerstand jeweils neu zu organisieren. Viele der Haftentlassenen hatten sich nicht zu Resignation und Passivität zwingen lassen. So vermochte die KPD bis 1935, nacheinander sieben Bezirksleitungen aufzubauen. Spätestens ab 1937 – mit dem Beginn der Kriegsvorbereitungen – änderte sich die Lage dramatisch. Die kleineren Organisationen (KPO, ISK, SAP) wurden endgültig zerschlagen, und kaum jemand, der nun vor Gericht kam, hat Zuchthaus, KZ oder das Strafbataillon 999 – wenn er denn überlebte – vor der Befreiung verlassen können. Die Autorin kann dennoch über weitere Widerstandsaktionen in einigen Stadtteilen und Betrieben berichten; sie nehmen aber immer mehr sporadischen Charakter an, in der Regel von dem ungeheuren Mut Einzelner getragen. Der Schwerpunkt der Aktivitäten verlagerte sich folglich dorthin, wo sich die Frankfurter Widerständler nun befanden – in den Emigrationsländern und in den Lagern. Das Buch verfolgt diese Spuren nach Frankreich, Luxemburg und Griechenland (Strafbatallion 999 u.a. mit Wolfgang Abendroth), nach Spanien und in die Schweiz, in die KZs von Dachau und Buchenwald. Bemerkenswert – freilich nicht überraschend –, dass einige (wie Peter Gingold), die sich in den von den Nazis überfallenen Ländern den örtlichen Widerstandsorganisationen anschlossen,

nach 1945 von den dortigen Regierungen (wie in Frankreich) eine Würdigung erfahren, die sie in der alten Bundesrepublik nie erlebt haben.

Der in dem Buch geschilderte Widerstand der SPD bzw. von Sozialdemokraten in Frankfurt unterscheidet sich in seinem Verlauf, aber auch in seiner Uneinheitlichkeit kaum von dem, was darüber generell bekannt ist. Die Beteiligung war quantitativ und organisatorisch deutlich schwächer als bei den kommunistischen und sozialistischen Gruppierungen. Nachdem ein Teil des alten Funktionsapparates nach den Verboten Anfang bis Mitte 1933 durch Verhaftungen ausgeschaltet wurde, blieben die Aktivitäten auf wenige Parteieinheiten konzentriert, die von dem Mut und der Ausdauer einiger herausragenden Persönlichkeiten geprägt waren. Wilhelm Leuschner (ehemaliger hessischer Innenminister) erweiterte dabei seine Kontakte zu bürgerlichen Oppositionellen (Kreissauer Kreis), die ehemalige Stadtverordnete Johanna Kirchner (nach der die Frankfurter Ehrenmedaille benannt ist) arbeitete vor allem in der Emigration eng mit kommunistischen Widerständlern zusammen. Beide wurden gefasst und 1944 in Plötzensee hingerichtet. Bemerkenswert ist die politisch zwiespältige Haltung vieler aktiver Sozialdemokraten in ihrem Verhältnis zu den Kommunisten, wofür das Buch ein bestürzendes Beispiel gibt. Im März 1934 kamen sich SPD und KPD in Frankfurt/M. bei der Erarbeitung eines Einheitsfrontabkommens sehr nahe (der gemeinsame Aufruf war bereits fertig), als die Unterzeichnung seitens der Sozi-

aldemokraten von einem übergeordneten SPD-Funktionär blockiert wurde. Eine illegale KPD-Zeitung hat ihn dann doch veröffentlicht. Andererseits ließen sich die Sozialdemokraten in einem traditionell linken Stadtteil (Westhausen) nicht davon abhalten, auch danach bis 1936/1937 den Widerstand zusammen mit den Kommunisten zu organisieren. Nicht zuletzt für das Verständnis der Geschichte nach dem Faschismus sind diese Ereignisse wichtig und interessant. Problematisch wäre es, auch nur in der Tendenz von einer kampfbereiten und klassenbewussten Basis und einer lahmen rechten Führung bei den Sozialdemokraten zu sprechen. So setzte sich zwar die Erkenntnis der Notwendigkeit von Aktionseinheit und Einheitsfront – wie bei dem Aufruf – bei den Frankfurter Genossen durch, sie konnte von einer höheren Parteiautorität – trotz der drängenden Umstände – aber wieder erschüttert werden. Andere Gruppierungen oder Einzelpersonlichkeiten hingegen ließen sich auf diesem Wege nicht aufhalten. Eine große Rolle spielt in diesem Zusammenhang, inwieweit es vor allem in den großen Arbeiterparteien möglich war, mit klärenden Gesprächen über Fragen und Fehler der Vergangenheit eine Voraussetzung für die Verarbeitung der für beide katastrophalen Erfahrungen ihrer Gegenwart zu schaffen. Dies bleibt auch in diesem Buch weitgehend im Dunklen. Zu vermuten ist jedoch, dass einerseits die Aversionen auf beiden Seiten lange Zeit weiter schwelten, z.T. sogar noch weiter geschürt wurden, und dass andererseits mit dem Anrollen der Repressi-

onen die persönlichen und (partei-)politischen Überlebensfragen alle Diskussionen dieser Art nebensächlich erscheinen lassen mussten. Für die Kommunisten dürfte dies in gleicher Weise gelten, der „Hitler-Stalin-Pakt“ etwa wird in dem Buch von zwei Genossen eher beiläufig erwähnt und dabei ganz unterschiedlich eingeschätzt. Darüber heute die Nase zu rümpfen, wäre völlig abwegig – es ging nicht anders, macht aber u.a. auch verständlich, wieso das Einheitspathos nach 1945 so schnell wieder abklingen konnte.

Wenn von der Arbeiterbewegung die Rede ist, muss von den Gewerkschaften gesprochen werden. Das Buch berichtet über zahlreiche Aktionen in den Betrieben. Dabei handelte es sich freilich überwiegend um von Kommunisten – vereinzelt gemeinsam mit Sozialdemokraten – initiierte und organisierte Widerstandszellen, um Proteste vor allem aus sozialen Anlässen, die bei den Opelwerken 1936 sogar in einen Streik mündeten (alle 260 Beteiligten wurden entlassen, acht „Streikführer“ kamen nach Dachau). Doch bei alledem ist nicht erkennbar, ob oder wie alte, neue oder sogar zur faschistischen Arbeitsfront gehörige Gewerkschaftsformationen daran beteiligt waren. An einer Stelle heißt es, dass „Willi Richter ab 1941/42 die Organisation des gewerkschaftlichen Widerstandes in Hessen geleitet hat.“ Dieser Hinweis hängt insofern etwas in der Luft, als mit Ausnahme einer Gruppe innerhalb des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA), die bis zur ihrer Zerschlagung 1934 beachtliche Aktivitäten (u.a. für das o.g. Einheitsfrontabkommen) entwickelte, keine weite-

ren gewerkschaftlichen Widerstandsaktivitäten angeführt werden. Ansonsten ist die Sache kein Mysterium, hier liegen ausreichend Untersuchungen vor: Die Mitglieder der verschiedenen Richtungsgewerkschaften von vor 1933 wandten sich in den Betrieben nun vorrangig den Zellen ihrer jeweiligen Parteien zu, einige haben in der Arbeitsfront zu wirken versucht, einige bei den Vertrauensleuten. Eine nennenswerte und eigenständige Widerstandsarbeit der früheren Gewerkschaften, insbesondere des ADGB, gab es über die ersten Monate der Naziherrschaft hinaus nur insofern, als sich manche ihrer Funktionäre verschiedenen Oppositionsbewegungen vor allem in der Emigration anschlossen. In diesem Sinne wäre auch für Frankfurt ein Wort angebracht. Einige Zahlen über die Vertrauensrätewahlen in Frankfurter Unternehmen belegen immerhin, dass die Zustimmung für die Nazis unter den Arbeitern noch 1934 so gering war (Beteiligung 40 Prozent, 25 Prozent für die NSBO), dass man diese Ergebnisse erst gar nicht veröffentlichte.

Das Buch ist gut lesbar, ohne fachwissenschaftliches Imponiergehabe und Betroffenheitsrituale. Man kann darin herumstöbern, nach einzelnen Ereignissen oder Personen suchen. Wenn die Empfehlung nur Folgen hätte: Für den Gebrauch an Schulen wäre es ideal.

Gerhard Fisch

Bewußtseinsform frühester Kultur

Ina Mahlstedt, Die religiöse Welt der Jungsteinzeit. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2004, 19, 80 Euro, Theiss Verlag, Stuttgart 2004 24, 80 Euro

Die Beurteilung eines religionswissenschaftlichen Werks aus der Sicht einer materialistischen, anthropologisch fundierten Kulturwissenschaft, wie ich sie vertrete, hat seine Schwierigkeiten. Nicht nur sind disziplinäre Grenzen zu überschreiten, auch steht marxistisches Denken von seinem Beginn an dem Phänomen der Religion – und nicht zuletzt auch der Wissenschaft, die sich mit ihm beschäftigt – kritisch, bestenfalls mit skeptischer Distanz gegenüber. Zumindest dem traditionellen Marxismus ist die Religion eine Gestalt falschen Bewußtseins (wenn auch notwendig falschen Bewußtseins), die allein in ihrer weltlichen Aufhebung zur Wahrheit gelangen kann. Ina Mahlstedts Buch jedoch (obwohl es mit keinem Satz auf marxistische Positionen Bezug nimmt) ist von solcher Art, daß es die traditionelle marxistische Position zur Selbstbefragung nötigt. Es verführt, dies ist das Erste, zu den Sünden disziplinärer Grenzüberschreitung. Es ist selbst ein überdisziplinäres Unternehmen, das sich zwar der Religionswissenschaft zuordnet, dessen Funde jedoch auch für Archäologie, Geschichtswissenschaft und Anthropologie von erheblicher Bedeutung sind. Ich selbst lese es – und darin liegt seine Bedeutung für mich – als glänzendes Beispiel einer anthropologischen Hermeneutik, das eine Reihe von

Thesen bestätigt, die mich seit einiger Zeit, im Rahmen eigener dialektisch-anthropologischer Fragestellungen, beschäftigen.¹

In vier konzentriert geschriebenen Kapiteln erörtert Mahlstedt die „Lebenssituation der altsteinzeitlichen Jäger und Sammler“ (I.), die daraus hervorgehende „neolithische Lebenswelt“ (II.), darauf aufbauend deren „religiöse Struktur“ (III.) und „Ikonographie“ (IV.). Die Untersuchung des religiösen Bewußtseins des Neolithikums und seiner symbolischen Ikonographie bilden den Mittelpunkt der Arbeit, wobei die Inhalte und Formen des Bewußtseins aus der neolithischen Lebenswelt, dem sich in der ‚neolithischen Revolution‘ vollziehenden Übergang der Gesellschaft von Jägern und Sammlern zu ersten Formen der Seßhaftigkeit, entwickelt werden. Die Kultivierung von Land, der Kreislauf von Säen, Ernten und Neuansäen, Anbau von Nutzpflanzen, der Umgang mit dem Boden in Abhängigkeit vom Wetter usf. erforderte ein ganz anderes Verhältnis zur Natur als es das von Menschen war, die in völliger Mobilität den Jagdtieren nachwanderten und Früchte, Wurzeln und Kleingetier sammelten

¹ Vgl. Ästhetik und Selbstrepräsentation. In: H. J. Sandkühler (Hrg.), Selbstrepräsentation in Natur und Kultur. Frankfurt a. M. 2000, S. 189-215. Mimesis, Bielefeld 2001; Welt im Spiegel. In: H. J. Sandkühler (Hrg.), Welten in Zeichen – Sprache, Perspektivität, Interpretation. Frankfurt a. M. 2002, S. 77-118; Logos und Episteme. Die Einheit der Vernunft und die Gestalten des Wissens. In: Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, hrsg. von H. H. Holz und D. Losurdo. Heft 20/2003; Der Logos des Wirklichen. Frankfurt a. M. (erscheint 2005/6).

(36f.). Folglich sind die neolithischen Steinsetzungen, von denen her die Megalith-Kultur, die „kulturelle und religiöse Blütezeit des Neolithikums“ ihren Namen hat (32), „im Gegensatz zu den vorangegangenen, alten Kultorten der Nomaden (...) vom Menschen gestaltete Stätten“. Es sind „architektonische Gestaltungen und nicht mehr reine Naturkultstätten“ (52). Diesen Charakter bewußter Gestaltungen – gestalthafter Setzungen – haben selbstverständlich auch die ikonographischen Symbole, die Mahlstedt einer genauen Interpretation unterzieht. Was sie untersucht ist also das Paradigma des Bewußtseins der frühesten menschlichen Kulturstufe, in der die menschliche Arbeit zur Grundlage der Gesellschaft wird (dies nicht zuletzt ist auch für die gegenwärtig geführte Diskussion über die Neubegründung bzw. Erweiterung des historischen Materialismus von einiger Bedeutung).²

² Georg Fülberth spricht von der „Neubegründung“ des historischen Materialismus durch die Forschungsgruppe um Magarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden, in deren Veröffentlichungen die zentrale Rolle der Arbeitskategorie des traditionellen Marxismus zurückgenommen und Arbeit allein als ‚Teilmoment‘ eines größeren gesellschaftlichen Feldes, bestehend aus der Dreieinheit Subsistenz, Familie und Politik verstanden wird (G. Fülberth, Neubegründung des Historischen Materialismus. Marxistische Blätter, 2004/5, 103-106). Ob es sich hier wirklich um eine Neubegründung und nicht vielmehr um eine Modifikation und Erweiterung handelt, bedarf sicher noch der näheren Diskussion. Im kulturtheoretischen Sinn – Arbeit als Grundkategorie des kulturellen Bildungsprozesses – sehe ich die Engelsche Menschwerdungsthese in ihrem konzeptionellen Kern durch die vorgenommene Er-

Mit ihrer Studie zum Bewußtsein der neolithischen Lebenswelt legt Mahlstedt also die deutende Rekonstruktion der Weltanschauung einer der frühesten menschlichen Kulturstufen vor, von der eine genügende Anzahl vergegenständlichter Zeugnisse vorliegt, um eine solche Rekonstruktion zu gestatten. Ein derartiges Unternehmen ist unausweichlich und im besten Sinn hermeneutischen Charakters. Es kann und will nicht ‚beweisen‘, daß etwas so und nicht anders gewesen ist – sein epistemischer Modus ist nicht der positiven Wissens –, es gibt vielmehr eine Deutung von etwas werkhafte Überlieferter (von im weitesten Sinn ‚Artefakten‘), und das Kriterium seiner Wahrheit ist das dialogischer Plausibilität. Es beweist nicht, sondern *zeigt*. Seine Aussagen sind im strengen Sinn hypothetisch.

Mahlstedts Deutungen der kulturellen Zeugnisse des Neolithikum und die Rekonstruktion der ihnen zugrunde liegenden Lebenswelt nun besitzen eine solche Plausibilität im hohen Maß – wenn auch kein Religionswissenschaftler, so bin ich doch genügend mit der Deutung überlieferter Artefakte, älteren und neueren Datums, vertraut, um dieses Urteil aussprechen zu können. Und machen wir uns nichts vor, was die Wahrheit hermeneutischer Aussagen betrifft: auch im Rahmen neuerer Geschichte und angesichts ungleich härterer empirischer Befunde ist bisher noch keine Hermeneutik über das Kriterium der Plausibilität hinausgekom-

weiterung nicht als widerlegt an. Die Arbeit markiert einen qualitativen Sprung in der menschlichen Geschichte.

men. Auch Deutungen der *Orestie* und der *Bakchen*, der *Göttlichen Komödie*, des *Hamlet*, *Faust*, *Don Giovanni* oder des *Doktor Faustus* (um nur einige besonders markante Beispiele zu nennen) können nicht mehr als Plausibilität für sich in Anspruch nehmen; jedenfalls dort, wo sie über die Ebene der bloßen Deskription hinausgehen und die in den Werken verkörperte Weltauffassung zum Gegenstand der Erörterung machen. Wer die Geschichte der Rezeption und Erforschung dieser Werke auch nur in den Umrissen kennt, wird sich dieser Einsicht kaum verschließen können.

Der anthropologische Einsatz Mahlstedts ist für ihr Unternehmen besonders günstig. Zu Recht wendet sie sich gegen den biologistischen Reduktionismus in der Anthropologie und argumentiert, daß die Fragestellung nicht von dem biotischen Substrat ausgehen solle, das Mensch und Tier gemeinsam haben, sondern von den Fähigkeiten, die Menschen und Tiere unterscheiden, von dem Punkt also, wo der Mensch „klar als Mensch hervortritt“. Das Kriterium für diese Unterscheidung sei sein „Denk- und Sprachvermögen, seine ungeheure Gehirnleistung“. Kraft dieser war es ihm möglich, seine Lebensweise den geographischen und klimatischen Bedingungen anzupassen, „indem er mit Phantasie, handwerklichem Geschick, Planung und Überlegung sich die Gegebenheiten zu Nutze macht“ und die geistigen Hintergründe zu gestalten, auf denen sein Leben beruht, „indem er seine Beobachtungen und Erkenntnisse über die Welt sprachlich und kommunikativ manifestiert“. Die Einsicht klingt konventionell, formuliert

aber mit Nachdruck eine alte Wahrheit, an der keine philosophische Anthropologie, die ihren Namen verdient, vorbei kommt. Erinnerung sei, daß Karl Marx in exakt diesem Punkt – der menschlichen Gehirnleistung – die qualitative Differenz zwischen Mensch und Tier erkannte. Was „von vornherein den schlechtesten Baumeister von der besten Biene“ unterscheidet, schreibt er in einer Schlüsselpassage seines Hauptwerks, ist, daß am Ende des Arbeitsprozesses ein Resultat herauskommt, „das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war“ (Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S, 193). Menschliche Arbeit bedeutet Formveränderung des Natürlichen und bewußte menschliche Zweckverwirklichung im Natürlichen (ebd.). Sie ist eine „teleologische Setzung“ (Georg Lukács): die Einheit physischer und ideeller Momente (beide als Modi des Materielles), die ihr Konstitutivum im Bewußtsein besitzt.

Mahlstedt schreibt keine philosophische Anthropologie, aber das Gelingen des Buchs hängt, wie mir scheint, von einer philosophischen Einsicht ab, die, weil sie wahr ist, auch nicht veralten kann. Sie hat die Leistung dieses Buchs, die Rekonstruktion des lebensweltlichen Bewußtseins der neolithischen Kultur, die Darstellung einer religiösen Welt als einer umfassenden Weltdeutung, möglich gemacht. Das Buch entwickelt damit die, wie ich sagen möchte, *Struktur des Bewußtseins* einer der frühesten Kulturstufen, deren Bewußtseinsform uns überhaupt in irgendeinem Umriß zugänglich ist. Die Struktur dieses Bewußtseins

zeigt sich in Mahlstedts Analysen als der Form nach Modus symbolischen Denkens, dem Inhalt nach als eine archaische Dialektik, die ihre lebensweltliche Erfahrung als Einheit des Getrennten, als Ensemble von Widersprüchen versteht (so fasse ich die von Mahlstedt herausgearbeiteten Gegensatzpaare Lebenskraft/Zeugungskraft, Leben/Tod, die Metaphern Gestaltwandel, Durchgang, ewige Wiederkehr, große Ordnung usw. auf).

Die Konsequenzen für eine dialektische Anthropologie sind bedeutend. Die Arbeit zeigt, daß in einem der ältesten Modelle menschlicher Weltdeutung Strukturen einer dialektischen Weltauslegung angelegt sind – eine Geschichte dialektischen Denkens, die sich, wie heute geboten, menscheitsgeschichtlich versteht, hätte hier seinen Ausgang zu nehmen. Die Philosophie Chinas, die altgriechische Philosophie, das dialektische Denken der Neuzeit sind weitere Stufen, die das Modell dialektischer Weltauslegung durchläuft. Die Arbeit zeigt aber auch etwas anderes, das mir im gleichen Maße wichtig erscheint: die Wahrheit der Einsicht, die wir hermeneutischem Denken verdanken, daß *Weltauslegung* den Charakter einer anthropologischen Konstante besitzt: menschliches ‚In-der-Welt-Sein‘ durch Welt-Verstehen ausgezeichnet ist. Auch diejenigen unter uns, die als philosophische Materialisten alten Schlages Marx' Auffassung folgen, daß das Spezifikum menschlichen Daseins in der materiellen Arbeit seinen Grund hat, werden sich nicht der Einsicht verschließen können, daß Gegenstände der Natur nur im

Rahmen einer je schon verstandenen Welt und im Horizont eines gegebenen Weltwissens als Objekte der Arbeit erscheinen und gebraucht werden können. Die erforderliche Erweiterung des marxistischen Materialismus, gerade in seiner historischen wie ontologisch-anthropologischen Basisdimension, wird an einem hermeneutischen Weltbegriff nicht vorbeigehen können. In diesem Zusammenhang dann wird auch das Phänomen der Religion marxistisch neu zu bestimmen sein: nicht nur als Ideologie und falsches Bewußtsein, sondern als die auf bestimmten historischen Stufen adäquate und angemessene Bewußtseinsform – die Religion, epistemologisch gesprochen, als Gestalt symbolischen Denkens.

Mahlstedts Buch belegt damit eine weitere These, die für eine dialektische Anthropologie zentral ist: die Vermutung, daß das symbolische Denken die älteste und ursprünglichste Form des Denkens ist. Die Grundthese lautet dazu, sehr abgekürzt gesprochen, daß sich die Menschen in ihrer Geschichte in zwei grundsätzlich unterschiedenen Weisen die Welt epistemisch angeeignet, sie interpretiert und verstanden haben: in den Formen symbolischen und begrifflichen Denkens, wobei das symbolische Denken die älteste und universalste Denkform ist. Mythos, Religion und Kunst sind, dieser Auffassung zufolge, die primären gesellschaftlichen Instanzen, die in der menschlichen Geschichte die Arbeit der Weltauslegung geleistet haben. In rational organisierten Gesellschaften treten Philosophie und Wissenschaften hinzu. Doch auch in diesen ist – in der Form der Künste – das

symbolische Denken alles andere als obsolet geworden. Es ist in der Gestalt der Ikonographie die älteste Form des Denkens, die uns Heutigen oft aber noch als die jüngste erscheint. Die megalithischen Artefakte kehren wieder in den Skulpturen eines Henry Moore. In der Bildwelt Pablo Picassos behauptet der Stier seine zentrale Position. Auch andere neolithische Symbole werden sich im Reservoir der Moderne ausmachen lassen. Das Früheste kehrt wieder im Spätesten, gerade dort, wo das Späte jung ist. Der Grund, vermute ich, liegt im Charakter der symbolischen Form: daß sie in stande ist, über den Weltraum der Geschichte hinweg, Erfahrungen festzuhalten, die zwar nicht übergeschichtlich sind (es gibt nichts Übergeschichtliches in der menschlichen Welt), die sich aber, bei aller historischer Differenz, als Grundmuster geschichtlicher Erfahrung identifizieren lassen. Gäbe es solche Muster nicht, wäre uns Spätes das Frühe gar nicht zugänglich, wäre auch ein Buch wie das Ina Mahlstedts nicht möglich geworden. Diesem mutigen und originellen Buch – das Anregungen in so vielen Richtungen gibt – sei ein weiter Leserkreis gewünscht.

Thomas Metscher

Zur Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland

Projekt Klassenanalyse@BRD, Zweifel am Proletariat. Wiederkehr der Proletarität. Beiträge zur Klassenanalyse, Band 1, Edition Marxistische Blätter, Neue Impulse Verlag, Essen 2004, 134 S., 9,90 Euro.

In Zeiten, in denen die Arbeiterklasse und ihre „historische Mission“ sogar schon von MarxistInnen tot geredet werden, scheint eine aktuelle Analyse der Klassengesellschaft nötiger denn je. Die Marx-Engels-Stiftung der DKP hat 2003 das „Projekt Klassenanalyse@BRD“ ins Leben gerufen. In der Tradition der Untersuchungen des IMSF zur Klassen- und Sozialstrukturanalyse der BRD haben sich verschiedene marxistische WissenschaftlerInnen und Arbeitsgruppen zusammengefunden, die, auf Grundlage bescheidener finanzieller Mittel, die Herausforderung einer Analyse der bundesdeutschen Klassenverhältnisse aufnehmen wollen. Im Vordergrund dabei steht vor allem, wie sich die zunehmende soziale Polarisierung zwischen Kapital und Arbeit nicht nur zwischen den Klassen, sondern auch innerhalb der Arbeiterklasse selbst und auf ihr Bewußtsein auswirkt.

Wie Ekkehard Lieberam in seiner Einführung betont, versteht sich das Projekt als ein Beitrag, um aus der Defensive der klassentheoretischen Gesellschaftsinterpretation herauszukommen und diesen Ansatz wieder in der linken Debatte sowie im Alltagsbewusstsein zu verankern (11).

In seinem Beitrag „Zweifel am Proletariat. Widersprüche zwischen Alltagsbedürfnissen und den objektiven Interessen der Arbeiterklasse“ verdeutlicht der Göttinger Sozialwissenschaftler Jörg Mieke zunächst den Anspruch des Projekts: Durch die Untersuchung verschiedener Felder (objektive ökonomische Lage, politisches Klassenhandeln, Alltagsleben, Ansichten und Einstellungen) müssten die Vergangenheit erklärende

und für die nahe Zukunft prognostizierbare Verbindungen untereinander ausgemacht werden (19). Dabei gehe es darum, wie sich objektives Klasseninteresse und praktisches Bewusstsein auf die Vermittlung der beiden Pole Klassenlage und Klassenhandeln auswirke (21) und wie es gelänge, die von den Beschäftigten wahrgenommene „betriebliche Unvernunft“ als gesellschaftlichen Widerspruch zu vermitteln, um zu einem realistischen Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kommen (26).

Werner Seppmann, der neue Vorsitzende der Marx-Engels-Stiftung, analysiert in seinem Beitrag „Soziale Spaltung und Klassenstruktur“ die neoliberalen Spaltungsstrategien unter den Bedingungen der zunehmenden post-sozialstaatlichen Armut. Seppmann sieht die von Karl-Heinz-Roth Mitte der 90er beschriebenen Tendenzen der Prekarisierung und der Entstehung eines „neuen Proletariats“ nicht mehr als eine Tendenz unter vielen, sondern als die momentan dominante (45). Beide Segmente (Etablierte und Randständige) hätten ihre je eigene Funktion (Stabilisierung und Disziplinierung) für die Reproduktion des Klassenverhältnisses. Die Klassenanalyse müsse trotz der realen Spaltung das Verbindende zwischen den Segmenten herausarbeiten und organisatorische Modelle zur Förderung der Bewusstwerdung und Artikulation von Klasseninteressen entwickeln (52f).

Der Ehrenvorsitzende der Stiftung, Robert Steigerwald, liefert zunächst einen historischen Überblick über die „Gründe für die Zurückdrängung von Klassenbewusstsein in der Arbeiter-

klasse“. Dabei bezieht er sich sowohl auf subjektive Faktoren als auch auf objektive. Sodann widmet er sich der Perspektive von Gegenwirkungen, die der Zurückdrängung von Klassenbewusstsein Einhalt gebieten können. Wesentlich ist für Steigerwald dabei der Kampf in den Gewerkschaften sowie die politische Partei der Arbeiterklasse samt ihrer Organe, insbesondere ihre erzieherische und ideologische Arbeit. In der Agitation und Propaganda seien vor allem die Zusammenhänge zwischen Reform und Revolution, die Eigentums- und Systemfrage von Priorität. Es gelte zu beachten: „In allen so genannten kleinen Fragen stecken die großen drin“ (68).

Während Steigerwald wohl vor allem die DKP meint, wenn er sich auf die Partei der Arbeiterklasse bezieht, ohne sich allerdings näher mit ihrem Zustand auseinander zu setzen, konstatieren Andreas Hesse und Herbert Münchow das reale Fehlen einer solchen Partei und fordern sie vehement ein (90). Ihr Beitrag zur „Reorganisation der Arbeiterklasse und Gewerkschaftsbewegung“ wagt aber vor allem eine Kritik an den bundesdeutschen Gewerkschaften. Dabei betonen die Autoren auch die Verantwortung der passiven Basis für den sozialpartnerschaftlichen Kurs ihrer Führung. Die Gewerkschaften vertreten nicht die Massen, sondern entwickelten sich zunehmend zu einer privilegierten Interessensvertretung der Facharbeiter und Angestellten (85). Der Standpunkt sozialistischer innergewerkschaftlicher Opposition müsse darin bestehen, an die Prekären und Arbeitslosen zu appellieren „und von hier aus zu fordern,

dass die Gewerkschaften ihrem Gründungszweck als proletarische Kampforganisationen wieder dienstbar gemacht werden“ (86). Zentrale Forderung, um der Vereinigung der Klasse gerecht zu werden, müsse weiterhin die nach der Verkürzung der Arbeitszeit sein (86).

Der Beitrag von Hans-Peter Brenner aus Bonn widmet sich den „Probleme[n] bei der Erfassung und Analyse proletarischen Klassenbewusstseins“. Ausgehend von Konzeptionen amerikanischer Sozialpsychologen zeigt er, dass die einfache Vermittlung politischer Information, selbst, wenn sie an offensichtlichen Klassenwidersprüchen und -interessen ansetze, nicht ausreichend für die Zurückdrängung der Dominanz bürgerlicher Ideologie ist. Individuen tendieren dazu, durch innere und vorgelagerte „Einstellungen“ konsonante von dissonanten Informationen zu selektieren, um ihr „Konsistenz-Bedürfnis“ zu befriedigen (101f). Daraus ergibt sich für das Projekt Klassenanalyse die Aufgabe, das Fundament dieser Einstellungen zu erfassen und zu untersuchen, wie man diese beeinflussen könne (104). Brenner selbst nennt als einen wesentlichen Bestandteil dieser Einstellungen bürgerliche Mythen, wie sie in der Meinung „Der kleine Mann ist sowieso immer der Betrogene“ zum Ausdruck kommen. Es müsse das Ziel sein, diese nicht nur zu überwinden, sondern selbst positiv zu besetzen oder gar eigene „proletarische“ Mythen zu entwickeln (105f).

Ralf Dorau unterscheidet in seinem Beitrag „Klassentheorie und Klassenanalyse“ zunächst eine klassentheoretische („strukturalistische“)

und eine klassenanalytische („konkret-historische“) Definition des Begriffs „Klasse“ bei Marx (110f). Diese Definitionen müssten zusammengebracht werden. Die Klassenanalyse müsse sich außerdem mit den widersprüchlichen Klassenlagen (Überschneidungen zwischen den Klassen, z.B.: Manager) befassen. Dorau betont, dass die vergesellschafteten Individuen sich erst durch ihr Handeln als konkrete Klassensubjekte realisieren (113). Deswegen sei eine Analyse, die sich an der Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung orientiert zwar notwendig, aber nicht ausreichend. Es bedürfe außerdem der Einbeziehung handlungstheoretischer Überlegungen sowie der Untersuchung politischer, kultureller und ideologischer Faktoren (115).

Der Beitrag des Dänen Lars Ulrik Thomsen hat „die Verschiebungen der Klassenstruktur der 80er Jahre, die daraus resultierenden Allianzmöglichkeiten und die Bedeutungen der wissenschaftlich-technischen Revolution“ zum Gegenstand. Thomsen bezweifelt, dass sich die KommunistInnen ausreichend auf die Umwälzungen des 20. Jahrhunderts eingestellt haben und macht das an verschiedenen Fragen deutlich. So müsse die gestiegene Bedeutung der Wissenschaft für die Produktivkraftentwicklung Anlass sein, das soziale Gewicht der Intelligenz neu zu bewerten und die Auswirkungen dieses Prozesses auf die Klassenstrukturen zu untersuchen (119). Diese Veränderung hätte außerdem Auswirkungen auf das Verhältnis von Klassen- und Menschheitsinteressen und würde vor allem in der Friedensfrage

neue Bündnismöglichkeiten ergeben (120f).

Alles in allem lässt sich über diesen ersten Band sagen, dass er nicht unbedingt viele neue wissenschaftliche Erkenntnisse liefert. Seine Stärke besteht aber gerade darin, die relevanten Erkenntnisse zusammenzuführen und sie in die Bedeutung für eine marxistische Klassenanalyse einzuordnen. Die Tatsache, dass der Band gerade in die dritte Auflage geht, zeigt den Bedarf. Sehr gespannt sein kann man auf die nächste Publikation „Strukturveränderungen der Klassengesellschaft“, die im Herbst 2005 erscheinen soll.

Thomas Lühr

Neues aus der Marx-Engels-Forschung

Marx-Engels-Jahrbuch 2004. Hrsg. v. d. Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam. Akademie Verlag Berlin 2005, 280 Seiten, 39,80 €

Wer sich des so überaus ideologischen Editorials zum Marx-Engels-Jahrbuch 2003 erinnert, wird den hier zu rezensierenden Band 2004 nicht ohne Skepsis zur Hand nehmen; aber er steht, im Guten wie im Schlechten, in der Tradition seines Vorgängers, der bis 1991 im Dietz Verlag Berlin erschienen war. Zwar geht es nicht mehr darum, „an der ‚Verbreitung‘ des Marxismus und ‚seines ideologischen Sieges‘ mitzuwirken“¹, sondern ganz im Gegenteil

vordergründig bzw., da der Band ohne Editorial ist, in zwei der drei an den Anfang gestellten Beiträge um Inaktualität und Inadäquanz desselben. Aber auch diese Maßgabe spricht, um noch einmal das vorjährige Editorial zu bemühen, „nicht gegen die Dignität einzelner dort publizierter Forschungsbeiträge“, vielmehr scheint der Gegenstand des Jahrbuchs solcherart, daß ernsthafte und kenntnisreiche Beschäftigung mit ihm den Autoren (Autorinnen gibt es nicht) gediegene Beiträge weiterhin geradezu abverlangt.

Daß jedoch Herausgeberin und Redaktion das Jahrbuch mit einem Beitrag eröffnen, in dem nicht Marx und Engels, sondern „Markt und Klasse in der deutschen Sozialdemokratie, 1848-1878“ untersucht werden, mutet immerhin befremdlich an, und was der Autor, Thomas Welskopp, einleitend zu Marx' Begriff von produktiver Arbeit offenbart, ist ein sehr verkürztes Marx-Verständnis; etwa wenn er meint, für Marx sei „die Unternehmensführung ... Bestandteil der Zirkulationssphäre“ (S. 12). Wie die Führung eines Produktionsunternehmens auch nur gedanklich in die Zirkulationssphäre verlagert werden kann, bleibt das Geheimnis von Leuten, die weder einen Blick ins Buch noch zwei ins Leben geworfen haben; ein Blick ins Buch hätte dem Autor die Leitungs- und Überwachungsarbeit des Kapitalisten als „eine aus der Natur des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses entspringende und ihm angehörige besondere Funktion“ gezeigt.² Es ist nur zu hoffen, daß er die

¹ Marx-Engels-Jahrbuch 2003. Hrsg. v. d. Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam. Berlin 2004, S. 1, mit Zitaten aus dem Geleitwort zum Marx-Engels-Jahrbuch. Bd. 1, Berlin 1978, S. 12.

² Siehe MEW 23, S. 350, bzw. MEGA² II/6, S. 327f.

von ihm untersuchten Sozialdemokraten etwas sorgfältiger gelesen hat, sicher ist es nicht.

Ähnlich dürftig ist das von Marco Iorio in „Liberalismus, Kommunismus, Kommunismus: Marx im Spannungsfeld der politischen Philosophie der Gegenwart“ vermittelte Bild. Dabei wäre es so spannend wie nötig, den Widersprüchen zwischen Kritik des ökonomischen Liberalismus und ziemlich unkritischer Übernahme des liberalistischen Geschichtsbildes französischer Revolutionshistoriker wie Guizot, Mignet etc. im Werk von Marx nachzugehen.³ Aber um quellengestützte Kritik geht es dem Autor nicht, ihm genügt der Hinweis, daß „der Marxismus“ (für ihn offenbar identisch mit dem Marxschen Denken) „nicht nur in der politischen Realität, sondern auch auf dem Gebiet der politischen Philosophie gescheitert ist“, daß „seine Kritik“ (wieder die des Marxismus) „am liberalen Gegenprojekt auf geschichts- und moralphilosophischen Annahmen beruhte, die sich ihrerseits als haltlos erwiesen haben“ (S. 56). – Zum Glück hat die Aufnahme des Beitrags die Redaktion nicht daran gehindert, in den Rezensionsteil die glänzende Kritik Falko Schmieders an Iorios publizierter Habilitationsschrift aufzunehmen.

Zwischen die beiden Aufsätze ist merkwürdigerweise ein auf die Substanz gerichteter Beitrag geraten, Malcolm Sylvers über „Marx, Engels und

die USA – ein Forschungsprojekt über ein wenig beachtetes Thema“. Ob es dem Autor gelingen wird, aus den Quellen eine konsistente Darstellung des bzw. der USA-Bilder von Marx und Engels und deren Wandlung(en) zu geben, oder ob es bei einer Sammlung der zumeist sekundären Eindrücke, Einschätzungen und Aperçus bleiben wird, ist noch nicht zu übersehen. Schade ist in jedem Falle, daß nur Mutmaßungen über und keine über Bekanntes hinausgehende Hinweise auf im Nachlaß enthaltene Manuskripte und Exzerpte gegeben werden.

François Melis liefert mit „Die Geschichte des Marxschen ‚Redaktionsexemplars‘ der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘“ ein schön gearbeitetes Stück Quellengeschichte, dessen Lektüre zum wiederholten Male⁴ neugierig macht auf das, was die der „NRhZ“ gewidmeten Bände I/7-9 der MEGA2 an neu identifizierten Texten sowie historisch-kritischen Erläuterungen enthalten werden.

Martin Hundt schreibt „Noch einmal zu den ‚Deutsch-Französischen Jahrbüchern‘“ und gibt damit vor allem, aber leider nur implicite, wichtige Korrekturen zu dem Bild, das Marx' Urteile über seinen damaligen Mitherausgeber Arnold Ruge vermitteln und das zu unkritisch in den Apparatband I/2 der MEGA2 übernommen worden war.⁵ So nötig die Korrektur, so wenig

³ Siehe George C. Comninel: Rethinking the French Revolution. Marxism and the Revisionist Challenge. London, New York 1990.

⁴ Siehe z.B. François Melis: Neue Rheinische Zeitung. Organ der Demokratie. Edition unbekannter Nummern, Flugblätter, Druckvarianten und Separatdrucke. München 2000 = Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 57.

⁵ Siehe MEGA² I/2, S. 529-54, insbes. S. 550-53.

rektur, so wenig einleuchtend ist die Schlußfolgerung, „das hier kurz referierte Material“ verdeutliche, daß „eine erneute monographische Forschung über die DFJ nicht unergiebig sein dürfte“ (S. 141), ist doch davon auszugehen, daß der wesentlichere Teil dieses Materials, Ruges Briefe an Hermann Köchly, den Bearbeiterinnen von Band I/2 bekannt gewesen war.⁶

Rolf Dlubek verlangt in seiner Studie „Auf der Suche nach neuen politischen Wirkungsmöglichkeiten. Marx 1861 in Berlin“ an keiner Stelle ein großes Forschungsprojekt, aber das von ihm anhand von Marx' Korrespondenz aus dieser Zeit (dessen Edition im Band III/11 erfolgt) sowie dazugehörigen Materials skizzierte Bild ist hochspannend und schreit förmlich danach, daß jemand nach weiteren, bislang unentdeckten Quellen zu Marx' Berlin-Aufenthalt sucht und sie akribisch aufarbeitet. Ob diejenigen, die sich auf die Suche begeben, fündig werden, kann natürlich niemand voraussagen, und so wird es unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen für historische Forschung wohl bei dem bloßen Wunsche bleiben. Aber ein Programm dafür liegt, unausgesprochen, mit dem Beitrag vor. Wer übrigens etwas über das von Dlubek kryptisch-verschämt „brieflichen Flirt“ genannte Verhältnis von Marx zu seiner Cousine Nannette Philips (S.

146) lesen will, sei auf die zauberhafte (von ihm leider nicht erwähnte) Skizze bei Françoise Giroud verwiesen.⁷

Markus Bürgis Beitrag „Friedrich Engels' Aufenthalt in der Schweiz 1893“ enthält weit mehr als der Titel verspricht. Nicht nur wird Engels' Auftreten auf dem Internationalen Sozialistenkongreß ins rechte Licht gerückt und die Reiseroute so minutiös als möglich nachgezeichnet, auch die agierenden Personen werden ausführlich gewürdigt, darunter insbesondere Engels' Cousine Anna Beust und ihre Familie sowie deren nur bruchstückhaft überlieferten Beziehungen zu Engels über ein halbes Jahrhundert hinweg.

Etwas merkwürdig mutet im Nachhinein an, daß Manfred Schöncke und Rolf Hecker ihren Beitrag „Eine Fotografie von Helena Demuth? Zu Engels' Reise nach Heidelberg 1875“ übertitelt haben. Wenn auch noch der letzte Beweis aussteht, daß die auf den beiden Photographien abgebildete Person Mary Burns (genannt Pumps), die Nichte von Engels' Lebensgefährtin Lizzy Burns, ist – völlig sicher ist nunmehr, daß es nicht, wie bislang immer behauptet, Demuth war.

Eine Überraschung besonderer Art liefert der von Gerd Giesler dokumentierte Rundfunkvortrag von Carl Schmitt, den dieser zu Hegels hundertstem Todestag im November 1931 gehalten hatte, und zwar unter dem inhaltlich völlig adäquaten Titel

⁶ Anders liegen die Dinge beim erst kürzlich entdeckten Nachlaß Nauwerck; siehe Lars Lambrecht: Karl Nauwerck. Vom Zufall einer Biographie. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2003, S. 135-40.

⁷ Siehe Françoise Giroud: Jenny Marx ou la femme du diable. Paris 1992; dt. Übers. u. d. T. Das Leben der Jenny Marx, München 1997, hier insbes. S. 130.

„Hegel und Marx“. Schmitt ist heute zwar vor allem als Vor- und Mitkämpfer faschistischen Unrechts und dessen theoretischer Begründung berüchtigt,⁸ aber er war eben leider ein sehr kluger und intelligenter Jurist, der seine Gegner zu nehmen und manchmal auch zu würdigen wußte. Sicherlich wird sich bei genauer Durchsicht seines Nachlasses einiges mehr zu Marx finden, als in der sehr kurz gehaltenen Nachbemerkung gesagt ist. Bleibt zu fragen, wieso Giesler nicht im Autorenverzeichnis genannt wird.

Alfred Wesselmann dokumentiert einen Brief, den Karl Schapper im August 1846 an Engels geschrieben hat. Engels hat ihn nie erhalten, weil der Überbringer, Friedrich Neff, ihn bei sich behielt. In dessen Nachlaß fand ihn der Bearbeiter, und es stellt sich das nicht nur amüsante editorische Problem: Wie sind in einer Edition „Briefe, die ihn nie erreichten“ zu behandeln?

Über drei (auch) mit dem Werk von Marx befaßte Konferenzen in Chicago, Neapel bzw. Halle berichten Sylvers, Marcello Musto und Christoph Henning.

Der wunderbar unverkrampfte Stil des Letztgenannten zeichnet auch dessen kenntnisreiche Rezension zu Moishe Postones „Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft“ aus. Dagegen ist das schönste an Henri Bands Besprechung von Eva Illouz' „Der Konsum der Romantik. Liebe und die kulturellen Widersprüche des

Kapitalismus“ der Gabriel García Marquez entlehnte Titel: Die Liebe in Zeiten des postmodernen Konsumkapitalismus. Da Marx und Engels nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit der Autorin stehen (was gegen eine Rezension an diesem Ort spricht), meint der Rezensent, einiges zu deren Sicht bemerken zu müssen. Leider nimmt er die ironischen Epitheta über die „idyllischen Verhältnisse“ vorkapitalistischer Gesellschaften (im „Kommunistischen Manifest“) für bare Münze und identifiziert Aussagen über die bourgeoisie Sicht auf das Familienverhältnis als „ein reines Geldverhältnis“⁹ mit deren eigener Sicht auf das Verhältnis von Mann und Frau, obgleich Liebes- und Familienbeziehungen bekanntlich in jeder Gesellschaft zwei sehr verschiedene Dinge sind.

Bleibt schließlich zu wünschen, daß Herausgeberin und Redaktion künftig nur noch Beiträge veröffentlichen, in denen Leben und Werk der Namensgeber sowie deren relevantes Umfeld quellengestützt untersucht werden. An Themen dürfte es nicht fehlen.

Thomas Kuczynski

Agrobusiness

Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik. Nr. 47: Agrobusiness – Hunger und Recht auf Nahrung. Zürich 2004. 232 Seiten. 16 Euro. Jahresabonnement (2 Hefte) 27 Euro

„Der tägliche stille Völkermord durch Hunger, der in eisiger Normalität sich abspielt, ist kein Schick-

⁸ Siehe jüngst Dirk Blasius: Carl Schmitt. Preußischer Staatsrat in Hitlers Reich. Göttingen 2001.

⁹ Siehe MEW 4, S. 464f.

salsschlag. Er ist menschengemacht. Jedes Kind, jede Frau, jeder Mann, alle, die am Hunger oder an seinen unmittelbaren Folgen sterben, werden eigentlich ermordet.“ So beginnt „Agrobusiness – Hunger und das Recht auf Nahrung“ der Zeitschrift „Widerspruch“. Die Anklage stammt aus der Feder von einem, der weiß, wovon er spricht – Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Mit zwei Zahlen bringt er die Dimension des „täglichen Massakers des Hungers“ auf den Punkt: 842 Millionen Menschen waren 2003 unterernährt, und das, obwohl die gegenwärtige Landwirtschaft problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Die Stoßrichtung des Bandes ist damit gesetzt: Es läuft einiges falsch im Hause kapitalistischer Landwirtschaft.

Zum Beispiel beim Thema Exportorientierung und Liberalisierung. Marianne Hochuli und Christa Wichterich vertreten die These, dass von diesen Paradigmen allein transnationale Konzerne profitieren, die gerade einmal zehn Prozent der weltweiten Agrarprodukte produzieren. Kleinbauern und insbesondere -bäuerinnen gehören dagegen zu den „Auskonkurrierten“ (Wichterich). Der Weltmarkt bleibt ihnen aufgrund mangelnden Zugangs zu Land, Wasser, Krediten und fehlenden Transportstrukturen verschlossen. Gleichzeitig können sie mit den billigen Massenprodukten, die ihren Markt in Folge von Liberalisierungsprozessen überfluten, nicht konkurrieren. Wo sich ihr ackern nicht mehr auszahlt, geben viele den Anbau für die Binnenmärkte auf und gehen in die exportorien-

tierte Landwirtschaft – als Plantagen- oder KontraktarbeiterInnen. Und das wiederum bedeutet laut Wichterich den Export von knappen Ressourcen wie fruchtbarem Boden oder Wasser in den Norden: „Aneignung von Ressourcen für die Exportwirtschaft bedeutet Enteignung für die Selbstversorgungswirtschaft“.

Zudem bedroht die Expansion der exportorientierten Landwirtschaft potentiell das Projekt Landreform. Andreas Missbach reißt dieses Problem in seinem höchst interessanten Beitrag zu den innerbrasilianischen Kämpfen im Spannungsfeld von Agrobusiness und der Landlosenbewegung MST nur an: Genau der unproduktive Großgrundbesitz, auf dessen Enteignung die Landlosenbewegung traditionell drängt, ist der nahe liegende Ort für die Expansion der Exportlandwirtschaft.

Überhaupt nimmt die Landfrage breiten Raum im Heft ein. Doch während die Analyse unumstritten zu sein scheint – so identifiziert Ziegler den ungleichen Zugang zum Produktionsmittel Boden als einen der Hauptgründe dafür, dass 75% der Hungernden auf dem Land leben – weist beispielsweise der Beitrag von Birgit Englert zu Landrechten von Frauen in Afrika darauf hin, dass die Forderung nach einer simplen Umverteilung von Land zu kurz greift. Englert arbeitet sich an dem weit verbreiteten „Entwicklungsargument“ im Diskurs um Frauen und Landrechte ab, nach dem ihr hoher Anteil an Arbeit auf dem Feld und im Haushalt und die damit einhergehende besondere Rolle für die Ernährungssicherung ihrer Familie sie für mehr Rechte qualifiziert. Laut Eng-

lert verstärkt dieses Argument die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, denn „für viele Frauen ist [...] nicht der Zugang zu Land das Hauptproblem, sondern die starke Arbeitsbelastung“. Die Forderung nach mehr Rechten hinsichtlich Zugang von Landbesitz müsse daher einhergehen mit dem Einfordern von „mehr Gleichheit in Bezug auf Arbeitsbelastung und Verantwortung“.

Der im Titel angedeutete Themenkomplex „Agrobusiness“ wird überwiegend von den Beiträgen zu Gentechnologie und Kontrolle von Saatgut bestritten. Den Auftakt macht Tina Goethe mit einer informationsreichen Übersicht zu Vorreiterprodukten und -regionen der Agrotechnologie sowie einigen Thesen zur Unverantwortlichkeit von Gentech in der Landwirtschaft. Die bei ihr nur angerissene Konzentration im Saatgutmarkt wird von Francois Meienberg in einem Beitrag mit dem bezeichnenden Titel „Wer die Saat hat, hat das Sagen“ weiter ausgeführt und um das Mehrebenenspiel zwischen diversen Regimen geistiger Eigentumsrechte wie der UPOV-Konvention, dem TRIPS-Abkommen der WTO und bilateralen Freihandelsverträgen ergänzt. Schließlich gibt es noch einen Beitrag zu den Profitmaximierungsstrategien des weltweit größten Nahrungsmittelkonzerns Nestlé in Kolumbien.

Auch wenn die „Widerspruch“-Ausgabe eher als überblicksartiger Problemaufriss angelegt ist – es ist wirklich schade, dass es bei diesen fragmentarischen Einblicken in die Rolle des Agrobusiness bleibt. Die Analyse vertikaler und horizontaler Konzentrationsprozesse in der

Landwirtschafts- und Nahrungsmittelindustrie hätte gezeigt, dass der agro-industrielle Komplex weit mehr umfasst als die traditionell an den Pranger gestellten Saatgutmultis. So weist beispielsweise die Besprechung einiger jüngst erschienener Publikationen zur „modernen Sklaverei in der Landwirtschaft“ von Urs Sekinger auf die dominante Rolle von Supermarktketten hin. Leider hat es dieser kurze Beitrag aber nur in die Rubrik „Marginalien/Rezensionen“ geschafft. Dabei schießen kritische Analysen zur Macht des Agrobusiness derzeit wie Pilze aus dem Boden. An interessantem Material hätte es also nicht gefehlt. Auch Konzepten für eine andere Landwirtschaft und dem Blick auf soziale Bewegungen hätte mehr Raum gegeben werden können. Beides wird zwar angerissen – Ernährungssouveränität bei Hochuli, das Livelihood-Konzept bei Wichterich oder der „Schrei der Ausgeschlossenen“ der brasilianischen Landlosenbewegung bei Missbach. Letztendlich werden soziale Kämpfe in der Landwirtschaft aber nur gestreift.

Nichtsdestotrotz bietet der Widerspruch aber einen spannenden Galopp durch die unterschiedlichen Facetten einer globalisierten Landwirtschaft. Dass diese mehr denn je „die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und die Arbeiter“, wie Marx im Kapital schrieb, ist die traurige Bilanz des Bandes.

Pia Eberhardt

Nachdenken über Arbeitspolitik

Paul Oehlke, Arbeitspolitik zwischen Tradition und Innovation, VSA-Verlag, Hamburg 2004, 231 S., 15,50 Euro

Das Buch thematisiert rund drei Jahrzehnte arbeitspolitischer Forschung und Forschungsförderung in der BRD und beabsichtigt „eine reflexive Erschließung arbeitspolitischer Optionen unter mehr oder weniger sperrigen Rahmenbedingungen“. (11) Der Autor, seit mehr als 20 Jahren Insider in arbeitspolitischen Forschungs-, Entwicklungs- und Kooperationszusammenhängen, legt zu diesem Zweck ausgewählte eigene Arbeiten vor. Obwohl es sich um teilweise schon ältere Texte handelt, können die dort entwickelten Überlegungen die aktuelle Arbeitsforschung zum Nachdenken über das eigene Tun anregen.

Im ersten Teil gibt Oehlke einen „Überblick zur arbeitspolitischen Programmentwicklung“ in der BRD in den letzten 30 Jahren. Er konstatiert und interpretiert einen „arbeitspolitischen Funktionswandel“ von zunächst vorrangig humanisierungspolitischen Motiven „über stärker gestaltungs- zu unternehmensorientierten Zielsetzungen“ (13). Dieser Wandel hat sich vor dem Hintergrund des Auslaufens der mehr als zwei Jahrzehnte währenden Wachstumsperiode der bundesdeutschen Nachkriegsökonomie und der seit Mitte der 70er Jahre anschwellenden Massenarbeitslosigkeit sowie des Bedeutungsverlustes korporativer Politikmuster und einer zunehmend auf kurzfristige Profitmaximierung

setzenden Unternehmenspolitik vollzogen. Er spiegelt sich in den einschlägigen arbeitspolitischen Programmen: vom „Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens“ (HdA-Programm 1974-1989) über das „Forschungs- und Entwicklungsprogramm Arbeit- und Technik“ (AuT-Programm 1989-2001) hin zum seit 2001 geltenden Rahmenkonzept „Innovative Arbeitsgestaltung – Zukunft der Arbeit“ (IAG-Programm). „Der unternehmensorientierte Funktionswandel reflektiert (...) einen allgemeinen gesellschaftspolitischen Substanzverlust, dem selbst wieder die vielfach belegte wettbewerbswirtschaftliche Transformation des Sozialstaates zugrunde liegt. Diese findet ihren untrüglichen haushaltmäßigen Ausdruck in den weiterhin gesunkenen Förderanteilen arbeitspolitischer Programmaktivitäten im Vergleich zur öffentlichen Technologieförderung.“ (38)

Eine deskriptive Darstellung von Forschungsergebnissen aus Arbeitsschwerpunkten des HdA-Programms in den 80er Jahren bildet den zweiten Teil der Studie. Die Beschränkung auf zwei Themenfelder (nämlich einerseits auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur arbeitsplatzbezogenen Verringerung von Gesundheitsgefährdungen [40ff.], andererseits auf beteiligungsorientierte Qualifizierungsansätze [58ff.]) mag zunächst unangemessen, weil angesichts der Vielfalt der HdA-Arbeitsschwerpunkte verkürzt, erscheinen. Allerdings handelt es sich hier um zentrale Forschungsbereiche, die im Lichte der „neuen prekären Formen der Selbständigkeit“ (39) gegenwärtig wieder eine besondere

Bedeutung erlangen. Oehlke gelingt es hier, die zentralen und auch heute noch relevanten arbeitswissenschaftlichen Forschungsorientierungen deutlich zu machen, die schon im HdA-Programm angelegt sind.

Anschließend diskutiert Oehlke „strategische Leitgedanken innovativer Arbeitspolitik“ (Teil III) in vier Problemfeldern:

a) den wachsenden Präventionsbedarf im Gesundheits- und Arbeitsschutz (82ff.), dem der „zunehmend systematische Charakter betrieblicher und überbetrieblicher Integrations- und Rationalisierungsprozesse zugrunde“ liegt (85) und der erhebliche Gefährdungen für die Beschäftigten v.a. durch höhere Arbeitsintensität, wachsende Abhängigkeiten einzelner Arbeitsprozesse sowie durch die Erfordernisse rascher Fehlerkorrektur und Störungsbeseitigung bedeuten kann;

b) die erfahrungsgelitete berufliche Kompetenzentwicklung (100ff.), die sich den Herausforderungen aus der Ablösung starrer, zentraler Produktionssysteme durch dezentrale, flexible Lösungen stellen muss, in denen zunehmend prozessbezogene Erfahrungen, prozessübergreifende Kenntnisse und die aktive Gestaltungsfähigkeit der Beschäftigten gefragt sind und die diesen ein breites Kompetenzspektrum abverlangen;

c) neuere arbeitsorganisatorische Leitbilder wie Aufgabenintegration, Gruppenarbeit und betriebliche Dezentralisierung (114ff.), die „sich durch eine verstärkte Wertschätzung des menschlichen Arbeitsvermögens, kooperative Organisationsformen und institutionelle Lernfähigkeit“

(116) auszeichnen; sie wurden in der ersten Hälfte der 90er Jahre im Anschluss an eine vielbeachtete Automobilstudie des „Massachusetts Institute of Technology“ (MIT) heftig diskutiert und fanden vor allem deswegen rasche Aufnahme, weil die Frage der Arbeitsorganisation „aus ihren gesellschaftlichen Verankerungen“ herausgelöst wurde. „Die unternehmenspolitische Funktionalisierung ist aber mit einem Verlust arbeitsinhaltlicher Substanz verbunden“ (114);

d) die beschäftigungspolitische Seite arbeitsorientierter Innovationsstrategien (125ff.), welche vor dem Hintergrund erster Gespräche zu einem „Bündnis für Arbeit“ zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Bundesregierung Mitte der 90er Jahre als beschäftigungswirksame Weiterentwicklung des AuT-Programms verabredet wurden; positive Beschäftigungswirkungen konnten angesichts des Drucks „kurzfristiger Rentabilitätskalküle der Unternehmen, arbeitsmarktpolitischer Regulierungen und geld- wie finanzpolitischer Restriktionen“ kaum entstehen, weil die resultierende sinkende Nachfrage „gerade beschäftigungswirksame Produktinnovationen zugunsten vorwiegend arbeitsplatzsparender Prozessinnovationen“ (126) einschränkt. Oehlke präsentiert abschließend „Vorschläge für erweiterte sozial-ökologische Innovationsfelder“, die sich „vor allem auf inner-, zwischen- und überbetriebliche Partizipations-, Interaktions- und Kooperationsprozesse (beziehen), die in den zukunftsorientierten Nachfragebereichen von Umwelt, Dienstleistungen und IuK-Technologien eine

entscheidende Rolle spielen.“ (140ff.)

Teil IV („Alternative Bestimmungsfaktoren zentraler Gestaltungsfelder“) beginnt mit einer instruktiven Darstellung zentraler Aspekte der politischen Ökonomie informationstechnischer Rationalisierung (144ff.). Ausgehend von der historischen Werkzeugfunktion werden zunächst die ökonomische Formbestimmung, die stoffliche Rationalisierungsfunktion und die produktionstechnischen Einsatzfelder neuer Informationstechnologien thematisiert. Danach beschreibt Oehlke die ökonomischen (v.a. Rentabilitätsgewinne) und sozialen Wirkungen (steigende Arbeitslosigkeit, rückläufige Inlandsnachfrage, erhöhte Arbeitsintensität und zunehmende Gesundheitsrisiken), bevor er abschließend wesentliche arbeitspolitische Alternativen skizziert: Arbeitszeitverkürzungen, qualitatives Wachstum und eine gewerkschaftliche Tarifpolitik, die sich dem „Meilenstein“ (161) des 1973 abgeschlossenen Lohnrahmentarifvertrag II in Nordwürttemberg/Nordbaden verpflichtet fühlt.

Im anschließenden Beitrag in Teil IV sind Rationalisierungsstrategien einer gleichzeitig profit- wie weltmarktorientierten „schlanken Produktion“ Gegenstand der Darstellung. (163ff.) Mit ihrem Ausgangspunkt in Japan haben derartige arbeitspolitische Konzepte durch ihre öffentlichkeitswirksame Aufbereitung in der bereits erwähnten MIT-Studie weltweit großen Anklang gefunden. „Entkleidet ihrer spezifischen neofeudalen Integrationsformen in Japan beginnen die schlanken Produktionsstrategien in ihrer libera-

lisierten amerikanischen Version – das ist das verblüffende Ergebnis der Analyse – mit polarisierten wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, verminderten gewerkschaftlichen und sozialstaatlichen Handlungsmöglichkeiten in gewisser Weise ihre amerikanischen und japanischen Voraussetzungen zu reproduzieren.“ (164)

Im abschließenden Teil V unternimmt Oehlke eine in Thesenform aufgebaute „Positionsbestimmung in der neoliberalen Konstellation“ (187ff.). Indem es ihm hier überzeugend gelingt, grundlegende und zukunftsweisende arbeits- und gesellschaftspolitische Aktionsfelder, ausgehend von ihrem historischen Hintergrund, in ihren aktuellen nationalen und internationalen Kontext zu stellen (einer radikalen Arbeitszeitverkürzung auf eine 30-Stunden-Woche wird hierbei ein zentraler Stellenwert zuerkannt), trägt er mit dazu bei, „die sozialen Traditionen einer menschengerechten Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu bewahren und innovativ weiter zu entwickeln“ (189). Spätestens hier wird deutlich, dass Oehlkes Buch nicht nur eine Art arbeitswissenschaftliches Kompendium darstellt, sondern gleichzeitig handlungsorientierend in aktuelle gesellschaftspolitische Debatten eingreift.

Dietmar Düe